

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 26. Juni 1987

Nr. 124 - 125 (5 502 - 5 503)

Preis 4 Kopeken

Informationsmitteilung

über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 25. Juni 1987 begann das ordentliche Plenum des Zentralkomitees der KPdSU seine Arbeit. Das Plenum erörterte das Thema „Über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow hielt das Referat zu dieser Frage.

Die Teilnehmer des Plenums hatten die Möglichkeit, eine vorab verbreitete Kurzfassung des Referats des Genossen M. S.

Gorbatschow sowie eine Zusammenfassung von Briefen der Werktätigen zu Problemen der Umgestaltung der Leitung der Volkswirtschaft zu studieren.

An der Diskussion zum Referat nahmen teil: die Genossen W. W. Schtscherbiki, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, V. I. Worotnikow, Vorsitzender des Ministerrates der RSFSR, B. N. Jelzin, Erster Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU, J. J. Sokolow,

Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorusslands, W. T. Adylow, Leiter einer Dreherbrigade der Taschkenter Flugzeugbau-Produktionsvereinigung „W. P. Tschkalow“, G. P. Bonomjakow, Erster Sekretär des Tjumeners Gebietskomitees der KPdSU, L. N. Saikow, Sekretär des ZK der KPdSU, G. W. Kolbin, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, V. P. Nikonow, Sekretär des ZK der KPdSU, W. K. Mesjaz,

Erster Sekretär des Moskauer Gebietskomitees der KPdSU, N. W. Talyzin, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, M. G. Wagin, Vorsitzender des Kolchos „Lenin“ des Rayons Kowernino des Gebiets Gorki, A. A. Logunow, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Rektor der Staatlichen Lomonossow-Universität Moskau, P. M. Telepnjow,

Erster Sekretär des Archangelsker Gebietskomitees der KPdSU, D. I. Patiaschwili, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens, und J. P. Batalin, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Komitees der UdSSR für Bauwesen.

Am 26. Juni wird das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit fortsetzen.

Über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. GORBATSCHOW auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 25. Juni 1987

Genossen! Wir halten dieses Plenum im Vorfeld eines äußerst wichtigen Ereignisses im Leben der Partei und unserer ganzen Gesellschaft ab. In einigen Monaten wird das Land den 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begehen.

Der Große Oktober verkündete der Welt die Entstehung eines neuen Staates der Arbeiter und Bauern, setzte die humanen Prinzipien der sozialökonomischen Entwicklung der Gesellschaft durch, erhöhte den Menschen der Arbeit und bot einen weiten Spielraum für Initiative und Schöpfergeist der Massen. All dies ermöglichte uns, in historisch sehr kurzer Frist das

Land in einen mächtigen Industriestaat zu verwandeln, erfolgreich die äußerst komplizierten sozialen Probleme zu lösen und einen großen multinationalen Bund der Völker zu schaffen, die auf dem Weg des Sozialismus schreiten.

Jede Generation der Sowjetmensch leiste ihren Beitrag zur Entwicklung, Stärkung und Verteidigung der Errungenschaften des Oktober. Wir sind mit Recht stolz auf unsere Geschichte und blicken zuversichtlich in die Zukunft.

In der gegenwärtigen Etappe setzen das sowjetische Volk und die Partei, gestützt auf die Lehre Lenins und sie schöpferisch weiterentwickelnd, die Sache der Revolution über die Umgestaltung

und Erneuerung aller Lebensbereiche der Gesellschaft fort.

Heute werden wir eine der Kardinalfragen der Umgestaltung erörtern. Es handelt sich um eine radikale Reform der Wirtschaftsleitung, um qualitative Veränderungen im System des Wirtschaftsmechanismus, um Wandlungen, die neue Möglichkeiten für die Nutzung der Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung eröffnen.

Bevor wir zu dieser Frage übergehen, betrachtet das Politbüro es als notwendig, dem Zentralkomitee eine Bewertung des Verlaufs der Umgestaltung und der Erfüllung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU zu unterbreiten.

Die Erfahrungen der Umgestaltung, ihrer anfänglichen Etappe, veranlassen uns dazu, auch die real existierenden Widersprüche zwischen den Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen, Kollektive, Ämter und Einrichtungen einmal näher zu betrachten. Zweifelslos beseitigt der Sozialismus antagonistische Interessen. Diese These ist bekannt und richtig; sie bedeutet jedoch keinesfalls, daß die Beseitigung der antagonistischen Interessen zugleich auch ihrer Vereinheitlichung oder Nivellierung gleichkommt.

Nehmen wir mal die Einstellung zur Umgestaltung. Es besteht die allgemeine Einsicht in die Unmöglichkeit, auf alte Weise zu leben und zu arbeiten, in die objektive Notwendigkeit der Umgestaltung, tiefergehender Wandlungen. Sobald aber die Umgestaltung entschieden auf Taten zu steuern, alle Schichten der Gesellschaft durchzuziehen, jeden konkreten Menschen zu erreichen begann, sahen wir den ganz offensichtlich gewordenen Widerspruch zwischen den momentanen, engen Interessen, ja sogar egoistischen Bestrebungen einzelner Personen und Gruppen und den Interessen der ganzen Gesellschaft, den langfristigen Interessen der Werktätigen.

Wir sehen gut, unter welchen Schwierigkeiten die Umgestaltung in der Partei, Staats- und Wirtschaftsorganen vor sich geht. Und spürt man denn nicht, wie schmerzhaft sie in einigen Zentralen Staatsorganen empfunden wird? Von den Kompliziertheiten der Umgestaltung zeigen hier die Erfahrungen der staatlichen Gütekontrolle, des Kampfes gegen Trunksucht und Alkoholismus, der Anstrengungen zur Schaffung von Ordnung und Disziplin. Davon zeugen auch die ersten Schritte bei der Anwendung der Grundsätze der wirtschaftlichen Rechnungsführung und bei der Durchsetzung solcher Prinzipien der Entlohnung der Arbeit, bei denen letztere voll und ganz auf die Endresultate orientiert wird. Das sind alles reale Prozesse, vom Leben bedingte Widersprüche, Genossen, und wir müssen sie wahrnehmen und berücksichtigen.

Die Gesellschaft darf sich durch die eigennützigen Interessen und Handlungen nicht unterkriegen lassen. Man muß sie entscheiden bekämpfen. Ein würdiges Beispiel zeigen hier die Arbeiterklasse, die Arbeitskollektive — besonders der Betriebe mit der jüngst eingeführten staatlichen Gütekontrolle. Bekanntlich ist das keine leichte Sache; sie hat die Interessen von Millionen berührt. Trotzdem hat die Arbeiterklasse ihre Position exakt kundgetan. Die staatliche Gütekontrolle ist etwas Notwendiges, die ganze Gesellschaft, das ganze Volk, jeder einzelne braucht sie.

Die Arbeiterklasse schreitet kühn voran auf dem Wege der Erneuerung. Ich würde sagen, die Arbeiterklasse schreitet in allen Angelegenheiten in der Avantgarde der Umgestaltung. Und dies ist

für deren Erfolg von entscheidender Bedeutung. Die Arbeitskollektive gehen mit Elan an die Lösung von Schlüsselfragen der sozialökonomischen Entwicklung des Landes und rücken in den Vordergrund die termin- und qualitätsgerechte Erfüllung ihrer vertraglichen Lieferverpflichtungen. Im Lande erstarkt der Wettbewerb zu Ehren des 70jährigen Jubiläums des Großen Oktober. Mit einem Wort, die Arbeiterklasse läßt die Umgestaltung mit Hochspannungenergie.

Besonders unerschöpflich sind angesichts der wahrhaft staatsbürgerlichen Haltung der Arbeiterklasse das Verhalten derer aus, die aus eigennützigen Gründen die gesellschaftlichen Umwandlungen behindern und der Umgestaltung im Wege stehen. Ich bin der Ansicht, daß die Arbeitskollektive, die Parteigänge und Massenorganisationen gegenüber solchen Menschen Festigkeit zeigen und unverwundlich sein müssen. Das ist die Forderung des Lebens. So verstehen wir diese Frage im Politbüro.

Unter den Bedingungen der Umgestaltung entsteht das Problem, die gesellschaftlichen und persönlichen Interessen in einem zu harmonisieren. Die Suche nach einem richtigen Verhältnis zwischen diesen wie jenen ist von riesiger Bedeutung, dies ist die Aufgabe der lebendigen Praxis. Es handelt sich um die Berücksichtigung des gesamten Komplexes von Interessen — der Persönlichkeit, des Kollektivs, der Klassen, Nationen, Völkern, der sozialen und professionellen Gruppen, der komplizierten Dialektik ihrer wechselseitigen Beziehungen — um eine dynamische Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten.

Diese Interessen formen und lenken muß man sowohl über den Mechanismus des Wirtschaftens als auch über die demokratischen Institutionen, über die Politik, Ideologie und Kultur. Der Sinn der Umgestaltung besteht ja letzten Endes in der Berücksichtigung der Interessen, in der Beeinflussung der Interessen, in ihrer Lenkung durch sie selbst.

Eingegangen sei hier auch auf die Widersprüche im Bereich der Arbeit und der Verteilungsverhältnisse, auf die wir beim Übergang zu voller wirtschaftlicher Rechnungsführung, zur Entlohnung für das Endresultat, zum Kollektiv- und zum Familienleistungsvertrag stehen. Womit haben wir es hier zu tun? Die Sache ist die, daß das Grundprinzip des Sozialismus „Von jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ in der Praxis nicht selten der simplifizierten Aufgaben Gleichheit geopfert wurde. Diese Fragen werden gegenwärtig aktiv erörtert, dabei nicht nur im ökonomischen, sondern auch im moralischen, ethischen Sinne.

Es sollte eigentlich klar gewesen sein, daß Gleichheit nicht Gleichmacherei bedeutet. In der Praxis gab es jedoch häufig etwas anderes. Die Tendenz zur Gleichmacherei brach sich beharrlich Bahn. Sie brachte Konsumentendiebstahl hervor, beeinflusste negativ die Quantität und die Qualität der Arbeit, schmälerte die Stimuli zur Steigerung ihrer Produktivität.

Es sei noch und nochmals unterstrichen, daß die wahre Gleichheit nur durch die Gesamtheit der politischen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Mittel sichergestellt werden kann, über die der Sozialismus verfügt.

Wir sind stolz auf das hohe Niveau der sozialen Geschüttheit des Menschen in unserem Lande. Das ist gerade das, was den Sozialismus erst zum Sozialismus, zu einer Gesellschaftsordnung von Werktätigen und für Werktätige macht. Jedoch die Grundlage der materiellen und moralischen Stellung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft muß die Arbeit und die Arbeit sein.

Die schöpferische, hochproduktive Arbeit, das Talent, den realen Beitrag des Menschen zur gemeinsamen Sache muß man allseitig stimulieren. Und umgekehrt — Passivität, Tatenlosigkeit, geringe Arbeitskultur, gesellschaftswidrige Erscheinungen müssen entsprechend eingeschätzt werden — sozial und auch ökonomisch. Gerade darin besteht der sozialistische Inhalt der sozialen Gerechtigkeit.

Genossen, ich bin nur auf einen Teil der Probleme eingegangen, in denen sich die Widersprüchlichkeit der heute vor sich gehenden Erscheinungen besonders sichtbar manifestiert. Die Neuheit und das große Ausmaß der Aufgaben erfordern ständige Aufmerksamkeit gegenüber der wissenschaftlichen Analyse des Verlaufs und der sozialökonomischen Folgen der Umgestaltung, der Widersprüche dieses komplizierten gesellschaftlichen Prozesses. Wir benötigen lebensnotwendig einen prinzipiellen Durchbruch auf theoretischer Front, beruhend auf einer strengen Analyse sämtlicher Fakten des gesellschaftlichen Lebens, auf der wissenschaftlichen Begründung der Ziele und Perspektiven unserer Fortbewegung. Man kann nicht erfolgreich vorankommen, sich der Methode von Proben und Fehlern bedienend. Das kommt der Gesellschaft teuer zu stehen. Die Kunst der politischen Führung verlangt das Vermögen, Widersprüche herauszufinden und effektiv zu lösen, sie nicht zu vertuschen, nicht anzuhäufeln, sondern in eine Quelle des Fortschritts und der Selbstentwicklung zu verwandeln.

Inspirierende Beispiele der Kühnheit in der Theorie, der tiefen Vorstöße in die Zukunft hinterließen uns die Begründer der marxistisch-leninistischen Lehre. Die Erfahrungen der Pariser Kommune boten K. Marx die Möglichkeit, die Frage der Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus zu erarbeiten. Aufbauend auf den Erfahrungen der ersten Jahre der sozialistischen Umwandlungen in Sowjetrußland entwickelte W. I. Lenin weiter und bereicherte die Theorie der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Gegenwärtig kommt es darauf an, zutiefst die Praxis der sozialistischen Entwicklung, die überaus reichen Erfahrungen, gesammelt von uns selbst wie auch von den Bruderländern, in all ihrer Vielfalt zu erfassen. Die Arbeit in dieser Richtung ist entfaltet worden, und wir besitzen bereits einige wichtige Resultate, auf die wir uns bei der Formulierung und Durchführung unserer Politik stützen. Das Wichtigste steht aber noch aus.

Im großen und ganzen, Genossen, dürfen wir ungeachtet aller Kompliziertheiten, Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem heutigen Plenum mit gutem Grund behaupten, daß die Umgestaltung einen ideologischen und moralischen Siegen errungen hat. Sie geht nun in die Breite und auch in die Tiefe.

Solch eine verantwortungsvolle Einschätzung liefern, dürfen wir es jedoch nicht zu Selbstgefälligkeit kommen lassen. Denn wir befinden uns eigentlich erst in der ersten Welle der Umgestaltung. Diese Welle hat das Stauwasser in Bewegung gebracht.

Die Partei hat die Aktivität der Massen ausgelöst. Und es ist unsere Pflicht, es nicht zuzulassen, daß ihr Angriffseifer erlahmt, sondern ihn weiter zu entfalten, damit er mit voller Kraft zum Ausdruck kommt. Dies zu betonen ist um so notwendiger, als die Besorgnis der Werktätigen um das Schicksal der Umgestaltung nicht vergeht. Die Menschen raten nach wie vor, ich würde sagen, sie fordern, nicht stehenzubleiben und auf dem Wege guter Wandlungen voranzugehen.

Unlängst, auf meiner Reise nach Baikonur, wurde ich während einer Unterhaltung mit den Werktätigen von Leninsk gefragt: Wann wird die Umgestaltung endlich auch uns erreichen? Ich antwortete, daß hier die leitenden Persönlichkeiten der Republik und des Gebiets anwesend seien, daß sie unserem Gespräch zuhören. Mögen sie also für sich daraus die entsprechenden Lehren ziehen.

Nehmen Sie nun die Briefe an das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und den Ministerrat der UdSSR, an die Redaktionen der zentralen Presseorgane, des Rundfunks und des Fernsehens. Darin steht das gleiche. Die Menschen schreiben, sie seien für die Umgestaltung, sehen jedoch keine positiven Veränderungen um sich. Die Umgestaltung ließ die Arbeitskollektive, die Städte und Dörfer in denen sie leben und arbeiten, unberührt. Viele belegen es beweiskräftig mit Fakten. Das bedeutet, daß die Umgestaltung ungeachtet der Riesenanstrengungen viele Orte noch nicht erreicht hat. Dies, Genossen, ist ein sehr ernsthaftes Symptom. Das Politbüro kann die entstandene Situation nicht ignorieren. Sie wurde während der Vorbereitung dieses Plenums mehrmals erörtert.

Zu welcher Schlußfolgerung gelangen wir nun? Die Umgestaltung setzte ein auf Initiative der Partei und wird auch unter ihrer Anleitung vorwärtig. Die Partei brachte das Land in Bewegung, riß durch ihre Ideen Millionen Menschen mit, ließ kolossale Hoffnungen aufkommen. Und wenn die Werktätigen heute um den zu langsamen Verlauf der Umgestaltung besorgt sind, so heißt das, daß wir in unserer Arbeit nicht tüchtig genug sind.

Es deutet sich an eine beunruhigende Tendenz, Genossen, und die Tatsachen sprechen auch dafür, nämlich das Zurückbleiben einer Reihe von Parteiorganisationen hinter den vorherrschenden Stimmungen, hinter den dynamischen Prozessen, die sich in der Gesellschaft entfalten. Offensichtlich fordert diese Frage eine Extrahandlung auf unserem Plenum. Heute ist dies das Schlüsselmoment in unserer Arbeit. Wie die Partei handeln wird, so wird auch die Umgestaltung weitergehen.

Als wir vor zwei Jahren von den leitenden Partei-, Staats- und Wirtschaftskadern die Organisation einer effektiven Arbeit forderten, hörten wir häufig zur Antwort: Wir verstehen die neuen Aufgaben, laßt uns aber Zeit, um die Situation einzuschätzen, die neuen Methoden und Formen zu begreifen und zu meistern, um sie in der Praxis anzuwenden.

Das Politbüro verhielt sich dazu mit Verständnis. Wir sagten damals, daß jedem Zeit und Chance zur Umgestaltung gewährt werde. Die Sache duldet aber keinen Aufschub, Genossen. Man darf es nicht zulassen, daß die Umgestaltung in der Partei hinter den sich vollziehenden ökonomischen, sozialen und geistigen Prozessen zurückbleibt, daß die Wandlungen im Leben und in der Stimmung der Menschen der Einsicht in diese Prozesse in der Partei und um so mehr in ihren leitenden Organen zuvorkommen.

Mit Recht schreiben die Werktätigen: Wer sich umstellen wollte, hat das schon getan und sich der Arbeit angeschlossen. Wer sich aber der neuen Aufgaben noch nicht bewußt geworden ist, klammert sich weiterhin an das Alte und untergräbt durch seine Untätigkeit faktisch die Umgestaltung. Daher stellt das Politbüro konkret die Aufgabe, die Verantwortung der Kommunisten, der Leiter von Par-

(Fortsetzung S. 2)

I. Auf dem Wege des Aprilplenums

Einige politische Ergebnisse der Umgestaltung

Genossen! Die nach dem Aprilplenium verstrichene Zeit ist eine äußerst verantwortliche und politisch ereignisreiche Etappe in der Geschichte unserer Partei und im Leben des Volkes. Für sie sind intensive theoretische und praktische Arbeit, Suchen und die Lösung neuer Probleme kennzeichnend, mit denen die Sowjetgesellschaft sich konfrontiert hat.

Man kann mit Gewißheit behaupten, daß sich die politische Situation im Lande in den zwei Jahren wesentlich gewandelt hat. Immer tiefer wird das Verständnis dafür, daß die Notwendigkeit der Umgestaltung durch die zunehmenden Widersprüche in der Entwicklung der Gesellschaft ins Leben gerufen wurde, die sich allmählich anhäufelten, keine rechtzeitige Lösung fanden und im Grunde genommen Vorkrisenformen gewannen.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen arbeitete die Partei den Kurs auf die Umgestaltung aus. Wir begannen uns vorwärtszubegeben. Der Prozeß der Erneuerung nimmt immer konkretere Formen an, umfaßt einen immer breiteren Problembereich und erlaubt neue Schichten des gesellschaftlichen Lebens.

Die Umgestaltung in der Gesellschaft vertieft und weitet sich. In erster Linie ist sie darauf gerichtet, die Widersprüche freizulegen, die die Hauptelemente des Hemmungsmechanismus bilden, und somit der gesellschaftlichen Entwicklung einen machtvollen und unumkehrbaren Beschleunigungsimpuls zu verleihen.

Man muß deutlich einsehen, daß wir die Ziele der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung nicht nur darin erblicken, um den Rückstand und die Deformation in verschiedenen Entwicklungsbereichen der Gesellschaft zu überwinden. Diese Ziele, diktiert von der historischen Notwendigkeit und den sich kardinal verändernden Bedingungen des inneren und internationalen Charakters, sind auf die Erlangung eines qualitativ neuen Zustands der sozialistischen Gesellschaft gerichtet.

Die Geschichte ließ uns nicht viel Zeit für die Lösung dieser Aufgabe. Doch gerade danach, wie die Umgestaltung vorankommt, und nach ihren Ergebnissen wird man über die Potenzen des Sozialismus sowie darüber urteilen, was er praktisch dem Menschen gibt und inwieweit unsere Gesellschaft sozial effektiv ist.

Damit, Genossen, legen wir die Dimensionen der uns bevorstehenden Aufgaben und das Maß unserer Verantwortung fest. Die Wandlungen, die sich im Lande nach dem Januarplenium vollziehen, zeigen klar, daß die gesunden Kräfte des Landes und die Werktätigen sich fest für die Um-

gestaltung, für Beschleunigung, für die unverzügliche Lösung der herangereiften Probleme sowie für die unbedingte Überwindung von Stagnation und Konservatismus äußern.

Im Lande entfaltet und vertieft sich der Prozeß der Demokratisierung aller Lebensseiten. Initiativischer wirken die Massenorganisationen. In der Produktionsleitung gewinnen die demokratischen Prinzipien an Kraft. Die öffentliche Meinung meldet sich deutlich und gewichtig. Aktiver, im Interesse der Umgestaltung wirken die Massenmedien. Es wird eine Offensive gegen Bürokratismus entfaltet. Allmählich werden die administrativen und Zwangsmethoden der Leitung überwunden. Bedeutsame Wandlungen vollziehen sich in der Kaderarbeit. Ihr Bestand wird durch den Zustrom frischer Kräfte erneuert.

Die Erfahrungen der Demokratisierung zeigen bereit davon, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Das eröffnet uns gute Perspektiven für die Vervollkommnung unseres politischen Systems und auch der ganzen Gesellschaft.

Als eine Errungenschaft der Umgestaltung läßt sich auch der heutige Ausbruch geistiger Aktivität bewerten. Zugenommen hat das Interesse für die Prozesse, die sich in Wissenschaft, Literatur und Kunst vollziehen, sowie für die Publikationen der Presse, für die Rundfunk- und Fernsehsendungen. Die Menschen wollen mehr über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft des Landes wissen, ausgeprägter wurde die Aufmerksamkeit für gesellschaftliche und staatliche Angelegenheiten, für Weltanschauungs- und moralische Probleme.

Hochschule machen wir einen wichtigen Schritt zur Schaffung eines modernen Bildungssystems. All das zeigt neue Reserven zur weiteren Entfaltung und Vertiefung der Umgestaltung auf.

Von der politischen Einschätzung der sich in der Wirtschaft vollziehenden Prozesse sprechend, würde ich zuvörderst die sich wandelnde Einstellung der Menschen zur Arbeit und zur Erfüllung ihrer Produktionspflichten nennen. Das wird vielfach dadurch bestimmt, daß die Werktätigen tatkräftig die Linie auf die Umgestaltung und Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unterstützen. Dies zum ersten.

Zweitens ist das mit dem Übergang zahlreicher Wirtschaftszweige zu neuen Methoden der Wirtschaftsführung, zur vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung, Selbstfinanzierung mit gleichzeitiger Entwicklung der zukunftsorientierten Formen der Arbeitsorganisation, vor allem der Kollektivleistungsvertragsmethode, verbunden. Die neue Atmosphäre beeinflusste

in bestimmtem Maße auch die ökonomischen Ergebnisse. Bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität nahm das Tempo zu. In den letzten zwei Jahren übertrifft es diese Kennziffern des elften Planzeitraums in der Industrie und im Bauwesen aufs 1,3fache, in der Landwirtschaft aufs Zweifache und im Eisenbahnverkehr aufs Dreifache. Das durchschnittliche Wachstumstempo erreichte in den Jahren 1985 bis 1986 in der Industrieproduktion 4,4 Prozent und in der Landwirtschaft 3 Prozent. Eine positive Tendenz zeigte sich in solch einem wichtigen, in eine schwere Lage geratenen Zweig wie der Investibau. Gute Wandlungen gehen — wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten und Kämpfe — auch in anderen Wirtschaftszweigen vor sich.

Es sind zusätzliche Möglichkeiten für die Festigung der materiellen Basis des sozialen Bereichs ermittelt worden. Außer den im Fünfjahrplan festgelegten Mitteln werden zu diesen Zwecken noch fast 40 Milliarden Rubel bereitgestellt. In diesem Jahr ist die Wachstumsrate der Investitionen für die Entwicklung des Sozialbereichs dreimal höher als insgesamt in der Volkswirtschaft.

Sie werden wohl einsehen, Genossen, daß die Periode nach dem Januarplenium des ZK eine besondere Analyse und politische Einschätzung erfordert. Was muß man hier vor allem hervorheben? Man kann sagen, daß eine neue Etappe der Umgestaltung eingeleitet hat, die Etappe der Lösung konkreter Aufgaben in allen Richtungen und allen Lebensbereichen der Gesellschaft.

Das Januarplenium hat der sozialen und Arbeitsaktivität mächtige Impulse verliehen. Es ist offensichtlich geworden, daß niemand abseits von der Umgestaltung stehen kann — ein jeder muß seine Stellung einnehmen.

In diesen Monaten haben die sowjetischen Menschen besonders scharf die Kompliziertheit der angefallenen Probleme verspürt, sie erkennen immer deutlicher die Notwendigkeit wahrhaft grundlegender Wandlungen, der konsequenten Durchführung des Kurses auf Erneuerung. Zugleich hat sich in der Partei und der Gesellschaft die Erkenntnis dessen vertieft, daß die Umgestaltung ein komplizierter und widerspruchsvoller Prozeß ist.

Die revolutionären Veränderungen in der Gesellschaft rückten in den Vordergrund die Diskrepanz zwischen den Forderungen der Erneuerung, des Schaffens, der schöpferischen Initiative einerseits und dem Konservatismus, der Trägheit, den eigennützigen Interessen andererseits. Ein Ausdruck dieses realen Widerspruchs ist das Mißverhältnis zwischen der wachsenden Aktivität der Massen und dem noch zählbaren bürokratischen Ar-

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow

(Fortsetzung)

te, Staats- und Wirtschaftsorgane für die Sachlage, für die reale Lösung der akuten Probleme und für den Verlauf der Umgestaltung zu erhöhen.

Die Anforderungen müssen auf allen Ebenen erhöht werden. Beginnend muß man allerdings bei sich selbst - beim Politbüro, dem Sekretariat, der Regierung und den Mitgliedern des ZK.

Eine sehr hohe Verantwortung in dem jetzigen Wendepunkt der Entwicklung der Gesellschaft wird dem Politbüro des ZK auferlegt. Seine Tätigkeit zu heurteilen, ist selbstverständlich eine Prerogative des Zentralkomitees. Ich möchte Ihnen versichern: Das Politbüro ist sich seiner Verantwortung vor dem ZK, der Partei und dem Volk für die Lösung neuer komplizierter Aufgaben zutiefst bewußt.

In kurzen Fristen ist eine umfassende Arbeit in allen Bereichen der gesellschaftlichen Umgestaltungen entfaltet worden.

Ich darf feststellen, daß in der Leitung der Partei und des Landes eine Gemeinsamkeit der Auffassungen über die Grundfragen der Umgestaltung, der Innen- und der Außenpolitik besteht. Diese Gemeinsamkeit ermöglicht es, die durch die Zeit diktierten Entscheidungen zu treffen und sie sicher zu realisieren. Ich glaube, das ist schon immer wichtig, besonders aber in den Wendepunkten der Entwicklung.

Im Namen des Politbüros muß ich selbstkritisch bekennen, daß wir auch unsere Mängel in der praktischen Tätigkeit wahrnehmen. Es kommt vor, daß wichtige Beschlüsse über globale Fragen der Entwicklung des Landes nur langsam, nicht in vollem Umfang verwirklicht werden. Diesbezüglich ist es im Politbüro zu einer prinzipiellen und aufrichtigen Aussprache gekommen. Wir haben uns es jetzt zur Regel gemacht, regelmäßig, im Rahmen der Kontrolle, auf den Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des ZK die Verwirklichung der nach dem Aprilplenum des ZK und dem XXVII. Parteitag der KPdSU angenommenen wichtigsten Beschlüsse zu erörtern.

Von aktiven Positionen aus handelt heute, bei der Umgestaltung, der Ministerrat der UdSSR. Zugleich muß er seine Tätigkeit bei der Wirtschaftsleitung und bei der Realisierung der Aufgaben in der Sozialpolitik auch ferner vervollkommen, damit die Sorge für die Entwicklungsperspektiven mit der Lösung der laufenden Aufgaben einhergeht. Langsamer als es die Zeit erfordert, geht die Umgestaltung der zentralen Behörden.

Uns ist es klar, daß die Umwandlungen, die wir anstreben, unmöglich sind ohne eine aktive Arbeit der örtlichen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane und aller Leitungskader. Sie tragen eine hohe Verantwortung für die praktische Lösung der konkreten Fragen der Umgestaltung. Und das, was wir heute als positiv bewerten, ist in hohem Maße mit der Arbeit der örtlichen Organisationen verbunden.

Ich glaube, Sie werden mir beistimmen, daß die Umgestaltung in den örtlichen Organisationen noch erst recht zur Entfaltung kommt, übrigens auch nicht allerorts in gleichem Maße. „Schongebiete“ für Trägheit und Passivität bestehen mancherorts weiter. Das alles sind ebenfalls Realitäten, die wir nicht übersehen dürfen; und so mehr haben wir nicht das Recht, sie außer acht und ohne parteiläßige Bewertung zu belassen.

Worauf muß man dabei ein besonderes Augenmerk lenken? Vor allem gilt es, Intensivtechnologien in die Produktion von Feldbau- und Tierzüchterzeugnissen einzuführen, weitgehend den Kollektiv- und den Familienleistungsvertrag einzuführen und aktiver die sozialen Probleme des Dorfes zu lösen. Das ist die eine Seite der Frage, Genossen.

Die andere besteht darin, daß man entschiedener die Handlungen derer unterbinden muß, die sich noch immer in der Arbeit der Kolchose und Sowchose einmischen, ohne dafür materielle Verantwortung zu tragen. Eben um den Schutz vor solch einem unberechtigten Eingriff in die Tätigkeit der Betriebe baten auch die Leiter der Kolchose und Sowchose auf der jüngsten Beratung im ZK der KPdSU. Es ist unsere Pflicht, den Werktätigen der Landwirtschaft zu helfen, diejenige zur Ordnung zu rufen, die nicht von den alten Arbeitsmethoden ablassen können.

Dank der Abänderung der Ordnung der Planung von Lieferfonds ist die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion unermeßlich gestiegen. Erhöht hat sich zugleich aber auch ihre Verantwortung für die Versorgung mit Lebensmitteln. Man muß sagen, daß dies ein mächtiger Anstoß der Initiative von der Basis verliehen hat. Wo man rasch und richtig den Sinn der Wandlungen eingesehen und die sich bietenden Möglichkeiten eingeschätzt hat, dort liegen schon beträchtliche Erfolge auf der Hand. Die Region Krasnodar ist zum Beispiel nach der Bilanz des ersten Halbjahres mit der Lieferung von Tierzüchterzeugnissen an den Unions- und Republikfonds erfolgreich fertig geworden. Darüber hinaus - hat man dort noch 15 000 Tonnen Fleisch über den eigenen Bedarf beschafft - das macht über 35 Prozent des Markthauptfonds aus. Außerdem hat man über 100 000 Tonnen Milch und 65 Millionen Eier beschaffen.

Oder nehmen wir die Tatarische ASSR. Hier wurden zu den Hauptfonds für eigenen Bedarf 15 000 Tonnen Fleisch und 50 000 Tonnen Milch beige-steuert. Ähnlich ist die Situation auch in den Gebieten Iwanowo-Frankowsk, Poltawa, Tscherkassy und Tschernowyz in der Ukraine. In diesen vier Gebieten betrug der Zuschuß zu den Fleischfonds etwa 20 000 Tonnen. Die Gebiete Belorusslands verdienen zur Verbesserung der örtlichen Verpflegung zusätzlich 25 000 Tonnen Fleisch und 260 000 Tonnen Milch, Dasselbe läßt sich auch von den Ostseerepubliken und den Gebieten Kurgan, Orenburg, Saratow, Uljanowsk und einer Reihe anderer Gebiete der RSFSR sagen.

Man muß allseitig das Bestreben der Gebiets-, Regions- und Republikorganisationen unterstützen, durch die Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse im gesellschaftlichen Sektor die Planaufgaben des Jahres zu überbieten, auf dieser Grundlage die bedingungslose Erfüllung der Lieferung an die Staatlichen Fonds zu sichern und die Versorgung der Bevölkerung rascher zu verbessern. Dies ist die Hauptrichtung. Die Kolchose und Sowchose müssen den Rückfluß der Mittel vergrößern, die in den letzten Jahren in die Entwicklung des Dorfes investiert worden sind.

Es gilt aber, alle Reserven zu nutzen. Da muß man wieder auf die Rolle der individuellen Nebenwirtschaften zu sprechen kommen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Nebenwirtschaften werden verschiedene genutzt.

Dazu ein Beispiel. Im Gebiet Omsk ist die Produktion von Fleisch auf dem Eigenhof in den letzten drei Jahren von 27 000 auf 60 000 Tonnen, d. h. auf das 2,2fache gestiegen. Hier befaßt sich praktisch jede auf dem Land wohnende Familie mit der Zucht von Rindvieh, Schweinen und Geflügel. Der Bevölkerung wird allseitige Hilfe mit Jungtieren, Futter sowie durch die Leistung entsprechender Dienste erwiesen. Im vergangenen Jahr haben die Konsumgenossenschaften bei der Bevölkerung 20 000 Tonnen Fleisch aufgekauft. Der Preis für Fleisch auf den Märkten des Gebiets übersteigt nicht 3,5 Rubel je Kilogramm.

Und hier Beispiele anderer Art. Das Gebiet Wladimir verfügt über ein großes Industrie- und Agrarpotential. Und dennoch wurden im Gebiet im vergangenen Jahr nur 46 Kilogramm Fleisch (Schlachtmasse) pro Kopf der Bevölkerung produziert, infolgedessen wird ein Fünftel der hier realisierten Fleischprodukte aus anderen Regionen des Landes eingeführt. Nicht besser ist es um die Versorgung mit Milch und Fleischprodukten in so großen landwirtschaftlichen Gebieten wie Winniza, Kirovograd, Nikolajew und Jaroslavl bestellt.

Recht viel kann auf Grund der örtlichen Initiative nicht nur für die Steigerung der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern auch für die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie getan werden. Warum werden, sagen wir, in Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und Turkmenien bei ihren überaus reichen Rohstoffressourcen 25 bis 50 Prozent der Erzeugnisse der Süßwarenindustrie aus anderen Republiken eingeführt? Nur zu 30 Prozent wird die Bevölkerung Kasachstans mit Gemüse- und Obstkonservern aus örtlicher Produktion versorgt, alles andere wird eingeführt. Ist denn so etwas in Ordnung?

Genossen! In den nächsten zwei bis drei Jahren muß der Bedarf der Bevölkerung an landwirtschaftlicher Nutzfläche für Obst- und Gemüseanbau gedeckt werden. Man muß endlich aufhören, sich auf Landmangel zu berufen. Das entspricht nicht der Wirklichkeit, Land gibt es. Und dort, wo es tatsächlich wenig brachliegendes Land gibt, muß man für diese Zwecke einen Teil der Landflächen bereitstellen, die den Kolchosen, Sowchose und Betrieben gehören. Wollen wir es endgültig abmachen: Alle Bedürfnisse der Werktätigen müssen voll befriedigt, die unbegründeten Einschränkungen und Hindernisse in dieser Sache müssen beseitigt werden.

Ich glaube, die Frage der Nutzung der jahre- oder auch jahrzehntelang leerstehenden Häuser mit Grundstücken in einer Reihe von landwirtschaftlichen Regionen des Landes, besonders in der Nichtschwarzerdezone, muß schneller gelöst werden. Die Zahl der verlassenen Häuser beträgt heute fast 800 000. Um sie herum liegt Brachland.

Ein solches Verhalten zum Boden und zu den Bauten verstehen die Menschen nicht. In ihren Zuschriften an das ZK und andere Organisationen bitten sie um Erlaubnis, diese Häuser zu erwerben und das Land daran zu nutzen. Ich nehme an, daß es richtig wäre, wenn die Kolchose und Sowchose die verlassenen Häuser und das Hofland den Stadtbewohnern in Pacht geben würden. In vielen Fällen sollte man das auf Vertragsgrundlage machen, damit diese Landereien für die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen genutzt werden.

Als Beispiel der mangelhaften Betriebsamkeit bei der Lösung des Lebensmittelproblems kann die Lage mit der Beförderung, Aufbewahrung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe dienen. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde hervorgehoben, daß die Beseitigung ihrer Verluste es ermöglichen würde, die Verbrauchers Ressourcen um 20 bis 30 Prozent zu vergrößern und bedeutende Mittel zu sparen. Dies ist ja eine Arithmetik, die auch einem Schüler der vierten Klasse zugänglich ist.

Jedoch nutzten das Agrar-Industrie-Komitee, die Ministerien für Fischwirtschaft und für Getreideerzeugnisse der UdSSR im Jahre 1986 450 Millionen Rubel nicht aus, die für die Entwicklung der verarbeitenden Zweige bereitgestellt worden waren.

Überlegen Sie sich solch eine Tatsache, Genossen: Der Plan der Bauarbeiten in diesen Zweigen ist in den meisten Unions- und autonomen Republiken, Regionen und Gebieten nicht erfüllt worden. Da haben Sie ein anschauliches Zeugnis dafür, wie wir uns zur Lösung eines lebenswichtigen Problems verhalten. Es sieht danach aus, daß die Produktion, um deren Erzeugung wir ringen, auch weiterhin verderben wird, weil es dafür an Lagerräumen und an Kapazitäten der Verarbeitungsbetriebe mangelt; und die Verluste werden wir auf Kosten des Imports decken müssen. Es langt, derlei Erscheinungen unparteiisch zu beobachten. Das Agrar-Industrie-Komitee der UdSSR (Genosse W. S. Murachowski) muß sich zusammen mit den örtlichen Organen Klarheit darüber verschaffen, warum so etwas geschieht und, wo es nötig ist, elementare Ordnungen schaffen, die Hauptsache aber ist, festen Kurs auf die rasche und grundlegende Lösung des Problems der Aufbewahrung und Verarbeitung zu nehmen.

Ich muß sagen, daß alles Gesagte zu ersten Überlegungen Anlaß gibt. In den letzten Jahren hat sich bei uns bei der Lösung von Problemen der Lebensmittelversorgung Konsumentenideologie herausgebildet. Die Leiter vieler Regionen nahmen diese Sache auf die leichte Schulter. Wenn es an Futter mangelt, schicken sie ein Telegramm an das ZK und die Regierung, mangelt es an Ressourcen der landwirtschaftlichen Produktion, telegrafieren sie wiederum an die Zentrale.

Ich bin natürlich weit davon entfernt, alles in nur einer Farbe auszumalen, und das Problem zu verhalten. Viele Mängel sind mit der Gesamtlage im Land verbunden, und dennoch hat die Konsumentenstimmung bei der Lösung dieser Fragen viele unsere Kader ergriffen.

Oberhaupt, Genossen, ist das Politbüro der Meinung: Wir besitzen reale Möglichkeiten dafür, um in den nächsten zwei bis drei Jahren die Lage mit der Lebensmittelversorgung ernsthaft zu verbessern.

Das Leben liefert uns erstaunliche Beispiele dafür, daß allorts kolossale Reserven vorhanden sind. Zahlreiche Tatsachen sprechen von der Möglichkeit eines Vorstoßes sowohl in der Arbeitsproduktivität als auch im Tempo der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Das beweisen die vorläufige Zeit gebildeten Kollektiv intensiver Arbeit, denen für längere Zeit Land und andere Produktionsmittel zugeteilt wurden. Im vorigen Jahr erhielt man in ihnen durchschnittlich 700 bis 800 Tonnen Getreide pro Mitglied, und erarbeitete insgesamt Erzeugnisse im Werte von 70 000 bis 100 000 und mehr Rubel.

Realisierung der Aufgaben in der Sozialpolitik auch ferner vervollkommen, damit die Sorge für die Entwicklungsperspektiven mit der Lösung der laufenden Aufgaben einhergeht. Langsamer als es die Zeit erfordert, geht die Umgestaltung der zentralen Behörden.

Uns ist es klar, daß die Umwandlungen, die wir anstreben, unmöglich sind ohne eine aktive Arbeit der örtlichen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane und aller Leitungskader. Sie tragen eine hohe Verantwortung für die praktische Lösung der konkreten Fragen der Umgestaltung. Und das, was wir heute als positiv bewerten, ist in hohem Maße mit der Arbeit der örtlichen Organisationen verbunden.

Ich glaube, Sie werden mir beistimmen, daß die Umgestaltung in den örtlichen Organisationen noch erst recht zur Entfaltung kommt, übrigens auch nicht allerorts in gleichem Maße. „Schongebiete“ für Trägheit und Passivität bestehen mancherorts weiter. Das alles sind ebenfalls Realitäten, die wir nicht übersehen dürfen; und so mehr haben wir nicht das Recht, sie außer acht und ohne parteiläßige Bewertung zu belassen.

Worauf muß man dabei ein besonderes Augenmerk lenken? Vor allem gilt es, Intensivtechnologien in die Produktion von Feldbau- und Tierzüchterzeugnissen einzuführen, weitgehend den Kollektiv- und den Familienleistungsvertrag einzuführen und aktiver die sozialen Probleme des Dorfes zu lösen. Das ist die eine Seite der Frage, Genossen.

Die andere besteht darin, daß man entschiedener die Handlungen derer unterbinden muß, die sich noch immer in der Arbeit der Kolchose und Sowchose einmischen, ohne dafür materielle Verantwortung zu tragen. Eben um den Schutz vor solch einem unberechtigten Eingriff in die Tätigkeit der Betriebe baten auch die Leiter der Kolchose und Sowchose auf der jüngsten Beratung im ZK der KPdSU. Es ist unsere Pflicht, den Werktätigen der Landwirtschaft zu helfen, diejenige zur Ordnung zu rufen, die nicht von den alten Arbeitsmethoden ablassen können.

Dank der Abänderung der Ordnung der Planung von Lieferfonds ist die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion unermeßlich gestiegen. Erhöht hat sich zugleich aber auch ihre Verantwortung für die Versorgung mit Lebensmitteln. Man muß sagen, daß dies ein mächtiger Anstoß der Initiative von der Basis verliehen hat. Wo man rasch und richtig den Sinn der Wandlungen eingesehen und die sich bietenden Möglichkeiten eingeschätzt hat, dort liegen schon beträchtliche Erfolge auf der Hand. Die Region Krasnodar ist zum Beispiel nach der Bilanz des ersten Halbjahres mit der Lieferung von Tierzüchterzeugnissen an den Unions- und Republikfonds erfolgreich fertig geworden. Darüber hinaus - hat man dort noch 15 000 Tonnen Fleisch über den eigenen Bedarf beschafft - das macht über 35 Prozent des Markthauptfonds aus. Außerdem hat man über 100 000 Tonnen Milch und 65 Millionen Eier beschaffen.

Oder nehmen wir die Tatarische ASSR. Hier wurden zu den Hauptfonds für eigenen Bedarf 15 000 Tonnen Fleisch und 50 000 Tonnen Milch beige-steuert. Ähnlich ist die Situation auch in den Gebieten Iwanowo-Frankowsk, Poltawa, Tscherkassy und Tschernowyz in der Ukraine. In diesen vier Gebieten betrug der Zuschuß zu den Fleischfonds etwa 20 000 Tonnen. Die Gebiete Belorusslands verdienen zur Verbesserung der örtlichen Verpflegung zusätzlich 25 000 Tonnen Fleisch und 260 000 Tonnen Milch, Dasselbe läßt sich auch von den Ostseerepubliken und den Gebieten Kurgan, Orenburg, Saratow, Uljanowsk und einer Reihe anderer Gebiete der RSFSR sagen.

Man muß allseitig das Bestreben der Gebiets-, Regions- und Republikorganisationen unterstützen, durch die Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse im gesellschaftlichen Sektor die Planaufgaben des Jahres zu überbieten, auf dieser Grundlage die bedingungslose Erfüllung der Lieferung an die Staatlichen Fonds zu sichern und die Versorgung der Bevölkerung rascher zu verbessern. Dies ist die Hauptrichtung. Die Kolchose und Sowchose müssen den Rückfluß der Mittel vergrößern, die in den letzten Jahren in die Entwicklung des Dorfes investiert worden sind.

Es gilt aber, alle Reserven zu nutzen. Da muß man wieder auf die Rolle der individuellen Nebenwirtschaften zu sprechen kommen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Nebenwirtschaften werden verschiedene genutzt.

Dazu ein Beispiel. Im Gebiet Omsk ist die Produktion von Fleisch auf dem Eigenhof in den letzten drei Jahren von 27 000 auf 60 000 Tonnen, d. h. auf das 2,2fache gestiegen. Hier befaßt sich praktisch jede auf dem Land wohnende Familie mit der Zucht von Rindvieh, Schweinen und Geflügel. Der Bevölkerung wird allseitige Hilfe mit Jungtieren, Futter sowie durch die Leistung entsprechender Dienste erwiesen. Im vergangenen Jahr haben die Konsumgenossenschaften bei der Bevölkerung 20 000 Tonnen Fleisch aufgekauft. Der Preis für Fleisch auf den Märkten des Gebiets übersteigt nicht 3,5 Rubel je Kilogramm.

Und hier Beispiele anderer Art. Das Gebiet Wladimir verfügt über ein großes Industrie- und Agrarpotential. Und dennoch wurden im Gebiet im vergangenen Jahr nur 46 Kilogramm Fleisch (Schlachtmasse) pro Kopf der Bevölkerung produziert, infolgedessen wird ein Fünftel der hier realisierten Fleischprodukte aus anderen Regionen des Landes eingeführt. Nicht besser ist es um die Versorgung mit Milch und Fleischprodukten in so großen landwirtschaftlichen Gebieten wie Winniza, Kirovograd, Nikolajew und Jaroslavl bestellt.

Recht viel kann auf Grund der örtlichen Initiative nicht nur für die Steigerung der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sondern auch für die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie getan werden. Warum werden, sagen wir, in Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und Turkmenien bei ihren überaus reichen Rohstoffressourcen 25 bis 50 Prozent der Erzeugnisse der Süßwarenindustrie aus anderen Republiken eingeführt? Nur zu 30 Prozent wird die Bevölkerung Kasachstans mit Gemüse- und Obstkonservern aus örtlicher Produktion versorgt, alles andere wird eingeführt. Ist denn so etwas in Ordnung?

Genossen! In den nächsten zwei bis drei Jahren muß der Bedarf der Bevölkerung an landwirtschaftlicher Nutzfläche für Obst- und Gemüseanbau gedeckt werden. Man muß endlich aufhören, sich auf Landmangel zu berufen. Das entspricht nicht der Wirklichkeit, Land gibt es. Und dort, wo es tatsächlich wenig brachliegendes Land gibt, muß man für diese Zwecke einen Teil der Landflächen bereitstellen, die den Kolchosen, Sowchose und Betrieben gehören. Wollen wir es endgültig abmachen: Alle Bedürfnisse der Werktätigen müssen voll befriedigt, die unbegründeten Einschränkungen und Hindernisse in dieser Sache müssen beseitigt werden.

Ich glaube, die Frage der Nutzung der jahre- oder auch jahrzehntelang leerstehenden Häuser mit Grundstücken in einer Reihe von landwirtschaftlichen Regionen des Landes, besonders in der Nichtschwarzerdezone, muß schneller gelöst werden. Die Zahl der verlassenen Häuser beträgt heute fast 800 000. Um sie herum liegt Brachland.

Ein solches Verhalten zum Boden und zu den Bauten verstehen die Menschen nicht. In ihren Zuschriften an das ZK und andere Organisationen bitten sie um Erlaubnis, diese Häuser zu erwerben und das Land daran zu nutzen. Ich nehme an, daß es richtig wäre, wenn die Kolchose und Sowchose die verlassenen Häuser und das Hofland den Stadtbewohnern in Pacht geben würden. In vielen Fällen sollte man das auf Vertragsgrundlage machen, damit diese Landereien für die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen genutzt werden.

Als Beispiel der mangelhaften Betriebsamkeit bei der Lösung des Lebensmittelproblems kann die Lage mit der Beförderung, Aufbewahrung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Rohstoffe dienen. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde hervorgehoben, daß die Beseitigung ihrer Verluste es ermöglichen würde, die Verbrauchers Ressourcen um 20 bis 30 Prozent zu vergrößern und bedeutende Mittel zu sparen. Dies ist ja eine Arithmetik, die auch einem Schüler der vierten Klasse zugänglich ist.

Jedoch nutzten das Agrar-Industrie-Komitee, die Ministerien für Fischwirtschaft und für Getreideerzeugnisse der UdSSR im Jahre 1986 450 Millionen Rubel nicht aus, die für die Entwicklung der verarbeitenden Zweige bereitgestellt worden waren.

Überlegen Sie sich solch eine Tatsache, Genossen: Der Plan der Bauarbeiten in diesen Zweigen ist in den meisten Unions- und autonomen Republiken, Regionen und Gebieten nicht erfüllt worden. Da haben Sie ein anschauliches Zeugnis dafür, wie wir uns zur Lösung eines lebenswichtigen Problems verhalten. Es sieht danach aus, daß die Produktion, um deren Erzeugung wir ringen, auch weiterhin verderben wird, weil es dafür an Lagerräumen und an Kapazitäten der Verarbeitungsbetriebe mangelt; und die Verluste werden wir auf Kosten des Imports decken müssen. Es langt, derlei Erscheinungen unparteiisch zu beobachten. Das Agrar-Industrie-Komitee der UdSSR (Genosse W. S. Murachowski) muß sich zusammen mit den örtlichen Organen Klarheit darüber verschaffen, warum so etwas geschieht und, wo es nötig ist, elementare Ordnungen schaffen, die Hauptsache aber ist, festen Kurs auf die rasche und grundlegende Lösung des Problems der Aufbewahrung und Verarbeitung zu nehmen.

Ich muß sagen, daß alles Gesagte zu ersten Überlegungen Anlaß gibt. In den letzten Jahren hat sich bei uns bei der Lösung von Problemen der Lebensmittelversorgung Konsumentenideologie herausgebildet. Die Leiter vieler Regionen nahmen diese Sache auf die leichte Schulter. Wenn es an Futter mangelt, schicken sie ein Telegramm an das ZK und die Regierung, mangelt es an Ressourcen der landwirtschaftlichen Produktion, telegrafieren sie wiederum an die Zentrale.

Ich bin natürlich weit davon entfernt, alles in nur einer Farbe auszumalen, und das Problem zu verhalten. Viele Mängel sind mit der Gesamtlage im Land verbunden, und dennoch hat die Konsumentenstimmung bei der Lösung dieser Fragen viele unsere Kader ergriffen.

Oberhaupt, Genossen, ist das Politbüro der Meinung: Wir besitzen reale Möglichkeiten dafür, um in den nächsten zwei bis drei Jahren die Lage mit der Lebensmittelversorgung ernsthaft zu verbessern.

Das Leben liefert uns erstaunliche Beispiele dafür, daß allorts kolossale Reserven vorhanden sind. Zahlreiche Tatsachen sprechen von der Möglichkeit eines Vorstoßes sowohl in der Arbeitsproduktivität als auch im Tempo der Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Das beweisen die vorläufige Zeit gebildeten Kollektiv intensiver Arbeit, denen für längere Zeit Land und andere Produktionsmittel zugeteilt wurden. Im vorigen Jahr erhielt man in ihnen durchschnittlich 700 bis 800 Tonnen Getreide pro Mitglied, und erarbeitete insgesamt Erzeugnisse im Werte von 70 000 bis 100 000 und mehr Rubel.

Leider gibt es noch wenig solche Kollektive, ungenügend ist auch noch der Familienleistungsvertrag verbreitet, obwohl die Effektivität dieser Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitsentlohnung ziemlich hoch ist.

Natürlich sind für einen raschen Produktionsanstieg auch noch gute Technik, chemische Mittel und widerstandsfähige Getreidesorten notwendig. Vor allem jedoch ist ein Mensch mit Verantwortungsgefühl notwendig, der grenzenlos an den Ergebnissen seiner Arbeit interessiert ist.

Wir suchten die Ökonomik längere Zeit auf der Grundlage des Enthusiasmus, zuweilen sogar mit der Kraft der Befehle zu leiten. Dabei hatten wir die Leninischen Hinweise vergessen, daß die Produktionssteigerung durch persönliches Interesse, durch materielle Interessiertheit und durch Enthusiasmus gesichert werden kann.

Zeichnend ist, daß der erste Teilnehmer der Kollektive intensiver Arbeit im Gebiet Nowosibirsk, die Brüder Koshuchow aus dem Kolchos „Bolschewik“, Rayon Ordynka, behaupten, daß sie nicht nur hohe Löhne in solch ein Kollektiv locken, sondern auch in nicht geringerem Maße die Selbstständigkeit, die Einsicht in die eigene Bedeutsamkeit als Menschen, der Stolz darauf, daß sie eine sehr notwendige Sache tun.

Wenn sich zur hochproduktiven Technik und anderen Ressourcen, über die unser Land heute verfügt, die Massenbewegung für eine hochorganisierte, engagierte und intensive Arbeit hinzugesellen, dann wird die Sache besser vonstatten gehen. Das Leben zeigt, daß es in allen Rayons und allen Gebieten Menschen gibt, die diese Wende sichern können.

Dazu einige Beispiele. Der Mechanisator und Mitglied der KPdSU A. A. Wolotschenski aus dem Sowchos „Arjomowski“ im Rayon Pytalowski, Gebiet Pskow, wachte sich an den Sowchosdirektor mit der Bitte, ihm ein Grundstück zuzuteilen und Jungbullen zur Mast zu geben. Vertragsmäßig wurden ihm 40 Hektar Nutzfläche, 10 Hektar Ackerland und 20 Hektar Heuschläge zugeteilt. A. A. Wolotschenski stellte eine abgebaute Kombi- und zwei Traktoren wieder her und renovierte einen vernachlässigten Kälberstall, in dem er 20 Jungbullen unterbrachte.

Bei der Arbeit helfen ihm sein Sohn und seine Tochter - beide Schüler - und in arbeitsfreier Zeit seine Frau, Buchhalterin im Sowchos. Insgesamt planen sie, 11 Tonnen Fleisch zu produzieren. Der Gewinn soll 31 000 Rubel übersteigen. Die Fondsbabesgabe für die vom Sowchos bereitgestellten Jungtiere, die Düngemittel, das Saatgut, den Treibstoff und andere Ressourcen betragen nach innerbetrieblichen Preisen 23 000 Rubel, der Arbeitslohn - 8 000 Rubel.

Ich denke, Genossen, solch ein Herangehen wie die Dörfer der Nichtschwarzerdezone vorwärtsbringen helfen. Dort gibt es doch eine Menge brachliegendes Land! Schon während der Diskussion über die Wege der Kollektivierung wurde davon gesprochen, daß die großen Kollektivwirtschaften günstige Möglichkeiten für die Anwendung von Technik, Düngern und die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse eröffnen, zugleich jedoch die Gefahr der Loslösung des Bauern vom Boden in sich bergen. Andererseits aber fesseln die Farmwirtschaften auf kleinen Schollen den Arbeitenden an den Boden und bieten ihm keine Möglichkeit dafür, die wissenschaftlich-technischen Ergebnisse und die Technik maximal zu nutzen.

In unserem Lande wurden große Kolchose und Sowchose geschaffen, die über eine feste material-technische Basis und erfahrene Fachleute verfügen. Unter diesen Bedingungen ist es sehr wichtig, den Kollektiv und den Familienleistungsvertrag gekonnt zu organisieren, die Interessen einzelner Werktätigen enger mit den Interessen des Kollektivs, mit der Sorge für den Boden und für andere Produktionsmittel zu verbinden.

Widerspricht das etwa den Prinzipien des Sozialismus, kann solch eine Arbeitsweise den Werktätigen verderben? Den Getreidebauern hat eher schon die alte Praxis zersetzt, weil die Nachlässigkeit in der Arbeit aus dem Haushalt gedeckt wurde.

Das neue Herangehen an die Sache liefert überzeugende Beispiele effektiver Arbeit. Im selben Rayon Pytalowski hat der junge Erste Sekretär Genosse N. N. Worobjow die Leitung der Parteiorganisation übernommen. Mit Hilfe der Wissenschaftler haben die Kommunisten des Rayons Maßnahmen zur Steigerung der Ökonomie der Agrarbetriebe ausgearbeitet. Im Rayon gab es gleich nach dem Krieg 46 000 Einwohner, heute sind es nur noch 17 000. Es schien, als ob niemand zum Arbeiten da wäre. Man erwig die Situation und beschloß, weitgehend den Kollektivvertrag einzuführen. Acht Farmen der Kolchose und Sowchose des Rayons arbeiten seit Beginn des laufenden Jahres nach dem Familienleistungsvertrag. In den fünf Monaten hat sich bei derselben Futtermenge die Gewichtszunahme der Tiere verdoppelt, die Tageszunahme bei der Mast stieg um 800 bis 1 000 Gramm. Fast 40 Prozent des Pflanzenbaus des Rayons wurden auf Kleingruppenformen der Arbeitsorganisation übergeführt. Die Frühjahrssaat wurde in sechs statt wie üblich in 15 bis 18 Tagen bestritten. Die Rayonorganisationen und die Leiter der Agrarbetriebe verzichteten auf Befehle, Kopfwachen und auf die benötigte Kontrolle des Arbeits-

verlaufs. Derartige Methoden der Leitung sind heute einfach überflüssig. Hier noch ein Beispiel. Die Kandidatin des ZK der KPdSU Lydia Dmitriewna Brysja ist zusammen mit ihrem Mann aus dem fortgeschrittenen „Shdanow“-Kolchos auf die rückständige Farm des Kolchos „Pamjat Ilijtscha“ des Rayons und Gebiets Brest übergegangen und leitet im Laufe von zwei Jahren eine Vertragsarbeitsgruppe aus sechs Personen. Dieser Arbeitsgruppe sind 100 Milchkuhe und 50 Hektar Weiden zugewiesen. Das Melken bestreitet Lydia Dmitriewna allein, ihr Mann und ihre Tochter beschränken das Futter. Der Melkertrag je Kuh ist in den zwei Jahren von 2 917 auf 5 580 Kilogramm gestiegen.

Solche Beispiele gibt es allorts. Im Panfilow-Kolchos des Rayons Uspenka, Gebiet Pawlodar, wurde im Jahre 1983 eine Arbeitsgruppe für Jungriemermast gegründet. Die Gruppe und der Kolchosvorstand sind miteinander einen Vertrag eingegangen. Die Gruppe besteht aus drei Mitgliedern - dem Gruppenleiter A. J. Rudko, Traktorenfahrer erster Klasse, sowie seiner Tochter und seinem Schwieger-sohn. Hier die Ergebnisse für das Jahr 1986: Es sind 563 Bullen gemästet worden, eine tagesdurchschnittliche Gewichtszunahme bei jedem Tier beläuft sich auf über 1 000 Gramm, ungerechnet auf jedes Gruppenmitglied hat materielle Erzeugnisse im Werte von 167 000 Rubel produziert. Die Selbstkosten einer Deitonne Gewichtszunahmen betragen 95,5 Rubel, während sie im Kolchos 155 Rubel und im Rayon 230 Rubel ausmachen. Der monatsdurchschnittliche Verdienst jedes Gruppenmitglieds macht 534 Rubel aus. Der Verdienst ist nicht gering! Denn die Summe ist für reale Arbeit und konkrete Erzeugnisse ausgezahlt worden.

Ich stelle die Frage: Hat das die Kollektivökonomie etwa untergraben? Nein! Das ist nur gerade der Sozialismus, der lebendige, schöpferische und produzierende Sozialismus. Weil die Menschen breit am sozialistischen Aufbau teilnehmen - durch die kollektiven Formen wird die Verbindung des Werktätigen mit dem Kolchos und Sowchos noch enger. Und die Menschen verdienen ihren Wohlstand durch ehrliche Arbeit.

Die mechanisierte Gruppe für Kartoffelbau im Sowchos „Sagalski“ des Rayons Ljubanski, Gebiet Minsk, bestehend aus vier Mann mit dem Gruppenleiter I. G. Sinitski, Inhaber des Ordens des Arbeitsruhms aller drei Klassen an der Spitze, bearbeiten eine Fläche von 60 Hektar. Nach dem Kollektivleistungsvertrag ist die Gruppe zwei Jahre tätig. Im Jahre 1986 betrug der Hektarertrag 383 Dezentonnen Kartoffeln. Die Gruppe erzielte die geringsten Gesteungskosten einer Dezionne Kartoffeln - sie beliefen sich auf 1 Rubel 50 Kopeken (im Republikdurchschnitt lagen sie bei 9 Rubeln) und wies den niedrigsten Kraftaufwand - 0,54 Arbeiterstunden - für die Produktion einer Dezionne Kartoffeln (in der Republik beträgt diese Kennziffer im Durchschnitt zwei Stunden).

Weitgehende Verbreitung erfährt der Familienleistungsvertrag beim Gemüsebau auch im Gebiet Ternopol. In diesem Jahr wird man in den drei Kolchos des Rayons Saleschtschizki - „Bogdan Chmel-nitski“, „Solotko Kolas“ und „Kommunist“ - auf den individuellen Grundstücken 15 000 Tonnen Tomaten ziehen, darunter, 5 000 Tonnen frühreifender Sorten gegenüber 1 500 Kilogramm Tomaten, die diese Betriebe im vorigen Jahr geliefert haben.

Ein gleiches geschieht auch im Rayonzentrum. Die Kolchose haben viele Familien mit Setzlingen, Plastikfolie, Mineraldüngern, mit Pflanzenschutzmitteln und mit Wasserpumpen versorgt und ihnen Verpackungsmaterial zugestellt. Die Menschen bestellen mit frühreifenden Sorten 1,5 bis 2 Ar Land und ernten von jedem Quadratmeter 7 bis 8 Kilogramm des wertvollen Produkts.

Im Rayon Kremenezki ziehen 600 Familien nach dem Kollektivleistungsvertrag in ihren Gärten Gartenerdbeeren; in diesem Jahr schloß man hier Verträge für den Ankauf von 800 Tonnen Beeren ab. Insgesamt haben im Gebiet, wie berichtet wird, in diesem Jahr etwa 25 000 Familien Verträge für Tiermast, sowie für Anbau von Gemüse- und Futterkulturen abgeschlossen.

Ähnliche Beispiele gibt es viele, Genossen. Und sie alle zeugen von der Möglichkeit eines schnellen Wachstums der landwirtschaftlichen Produktion, wenn wir hier alle Reserven mobilisieren, alle Werktätigen, alle Familien dafür gewinnen und die Initiative der Menschen anregen werden.

Was muß man aber jetzt noch sehen? Der Dorfweibler eilt wegen jeder Kleinigkeit in den Laden, er ist praktisch genauso ein Lebensmittelkosument wie der Stadtbewohner geworden. 54 Prozent der ländlichen Familien haben keine Kühe, 33 Prozent haben überhaupt kein Vieh.

An zahlreichen Fakten haben wir uns von viel Wichtigem überzeugt - die freigewordene Initiative des Menschen, der Verzicht auf Überorganisation und Zentralisierung ermöglichen es mit gleichen Ressourcen einen erheblichen Aufschwung in der Lebensmittelproduktion herbeizuführen.

Mit einem Wort, in der Landwirtschaft ist ein riesen großes Potential akkumuliert worden. Man muß es nun aktiv nutzen, durch die Verbindung der Möglichkeiten der gesellschaftseigenen Großwirtschaft mit den Möglichkeiten des Familienleistungsvertrags.

(Fortsetzung S. 3)

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow

(Fortsetzung)

Eine andere aktuelle und dringliche Aufgabe ist das Wohnungsproblem. Wie ich bereits gesagt habe, wurden in der Zentrale Möglichkeiten für die Beschleunigung des Tempos des Wohnungsbaus im Lande ermittelt. Es wird vorgesehen, durch zusätzliche Investitionen den Umfang des Wohnungsbaus im zwölften Planjahr fünf gegenüber dem elften um 80 Millionen Quadratmeter zu vergrößern. Insgesamt sollen in diesem Jahr fünf Millionen Wohnungen bekommen.

Das ist aber noch nicht alles. Ober nicht geringere, vielleicht noch größere Möglichkeiten verfügen die Betriebe, Kolchose und Sowchose, Städte und Rayons, Gebiete, Regionen und Republiken. Viele örtliche Organe — das möchte ich mit Genugtuung hervorheben — haben sich sachlich an die Lösung der vom Parteitag gestellten Aufgaben gemacht, bis zum Jahre 2000 praktisch jede Familie mit einer Einzelwohnung oder mit einem eigenen Haus zu versorgen. Dabei gibt es nicht wenig Menschen, die nach Möglichkeiten suchen, diese Aufgabe in noch kürzeren Fristen zu lösen. Das ist richtig und muß allseitig unterstützt werden.

Man muß aber offen sagen, Genossen, daß es vorläufig zu keiner grundlegenden Wende im Wohnungsbaubereich gekommen ist und das erklärt sich in bedeutendem Maße nicht nur durch die Knappheit der Mittel, sondern durch das Verhalten vieler Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen und leitender Kader. Auf allgemeine Ausführung folgen nicht immer initiativreiche beharrliche Arbeit und die Suche nach den Reserven für die Lösung dieser lebensnotwendigen Aufgabe.

Oft bekommt man zu hören, daß es an Kapazitäten für die Erfüllung der immer wachsenden Umfang des Wohnungsbaus mangelt. Aber diese Erklärung kann niemanden zufriedenstellen. Erstens: Wenn die Kapazitäten nicht ausreichen, muß man sie schaffen, und zweitens: 20 Prozent der Kapazitäten der Wohnungsbaubetriebe werden im Lande nicht ausgenutzt. Das sind Angaben im Landesdurchschnitt. Doch in Aserbaidschan, Armenien, Kasachstan, Turkmenien, Usbekistan sind diese Betriebe nur von 65 bis 70 Prozent und in den Regionen Krasnodar und Chabarowsk, in den Gebieten Iwanowo, Pensa, Rostow, Smolensk, Tschernomorsk, Zelmograd sowie in Burjatien und Kabardinien-Balkarien von 50 bis 65 Prozent ausgelastet.

Und noch etwas kann man etwa solche eine Situation verstehen und rechtfertigen, wenn es im Lande an Wohnungen und Baumaterialien mangelt und die Mehrzahl der Betriebe der Baustoffindustrie im Anderthalbschichtensystem und mit zwei Ruhetagen in der Woche arbeiten? Infolgedessen geht hier bis an die Hälfte der Kalenderzeit verloren. Ist es denn nicht möglich, auch sie zum ununterbrochenen Arbeitszyklus überzuführen? Denn gerade arbeiten schon die Metallurgen, Chemiker, Energetiker, Mitarbeiter der Nahrungsmittelindustrie. Auch die Maschinenbauer gehen zur Mehrschichtarbeit über.

Schlecht genutzt werden bei uns aber nicht nur die Kapazitäten der Wohnungsbaukombinate. Auch die Ziegelwerke sind im Lande nur zu 80 Prozent ausgelastet. Und das in der Zeit, wo es überall an Ziegeln mangelt. Schlecht werden sie in der RSFSR, in der Ukraine, in Kasachstan ausgenutzt. So z.B. in den Regionen Altai und Krasnojarsk sind die Ziegelwerke nur zu 57 bis 69 Prozent ausgelastet.

Wenn wir um das Wohnungsproblem wirklich besorgt sind, dann können wir uns auch nicht mit solch einer Erscheinung abfinden, daß viele Ministerien und Behörden nur 70 bis 80 Prozent der Investitionen gemeldet haben, die ihnen zur Vergrößerung der Kapazitäten für die Herstellung von Großrauplatenhäusern bewilligt worden sind.

Ich glaube, wir können heute mit vollem Recht von den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien und Ministerräten der Unionsrepubliken, von den Ministerien und Behörden — insbesondere aber vom Ministerium für die Baustoffindustrie (Genosse S. F. Wojeschkin), vom Ministerium für Holz- und Holzverarbeitungsindustrie (Genosse M. I. Bussjgin) fordern, ihre Einstellung zum Wohnungsbaubereich zu ändern.

Wollen wir nochmals alles durchdenken, Genossen, ziehen wir die Werkstätten zu Rate. Wenn wir schon an die Lösung dieses lebenswichtigen Problems herangegangen sind, so müssen wir es mit vereinten Kräften bewältigen. Ich möchte es sogar so formulieren: Die Werkstätten werden uns nicht verstehen, wenn wir, die Umgestaltung immer breiter entfaltend, keine realen Möglichkeiten finden, um die Lösung der Wohnungsfrage zu beschleunigen. Der Wohnungsbaubereich ist die Sache des Volkes. Gerade von diesem Standpunkt aus muß man an ihn herangehen.

Jetzt über die Massenbedarfswaren und die Dienstleistungssphäre, über die Lage auf dem Konsummarkt, Genossen. Angesichts der Bedeutung dieser Frage wurde ein zielgerichtetes Staatsprogramm ausgearbeitet. Jedoch ist das an und für sich noch keine Lösung des Problems. Man muß seine Realisierung in der Tat sichern. Leider muß man feststellen, daß das Verhalten zu dieser wichtigen sozialen Aufgabe unterschiedlich ist. Die einen nutzen die vorhandenen Voraussetzungen aus, suchen aktiv, steigern die Produktion von Waren und Dienstleistungen. Man kann sich dabei auf das Beispiel Belorusslands, Litauens, Estlands, der Gebiete Leningrad, Ulanowosk und anderer berufen, deren Erfahrungen im Lande bekannt sind. Aber viele handeln noch nach alten, vereinfachten Schemen und

bauen nicht auf eigene Kräfte, sondern rechnen mit Hilfe der Zentrale und mit der Einfuhr aus anderen Regionen. Ich will keineswegs behaupten, daß jedes Gebiet oder jede Republik bei uns zur Naturalwirtschaft übergehen müssen. Doch wenn man aufhört, über die Ausnutzung der örtlichen Ressourcen nachzudenken und nur auf Zulieferungen von der Seite hofft, ist das nichts anderes als Schmarotzerstandpunkt. Und diese Erscheinung ist ziemlich verbreitet.

Ich glaube nicht, daß wir auf dem Plenum auf alle Einzelheiten dieses Problems eingehen sollen, aber wenn man informiert wird, was für Waren täglichen Bedarfs einige Republiken, Regionen und Gebiete aus anderen Gegenden einführen, kommt man aus dem Staunen nicht heraus, wie sehr einige unserer Mitarbeiter das Gefühl der Verantwortung für die Befriedigung der Belange des Volkes eingebüßt haben.

Von weither bringt man die elementarsten Dinge, einschließlich derer, die sich ohne Schwierigkeit an Ort und Stelle herstellen lassen. Man bringt solche Waren, für deren Produktion keinerlei fongebundene Ressourcen, neue Technik, spezielle Produktionskapazitäten und ausgebildete Kader nötig sind. Genossen, wir müssen diese fehlerhafte Praxis dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen. Presse, Rundfunk und Fernsehen müssen regelmäßig zeigen, wie diese Aufgaben von den Wirtschafts- und Sowjetorganen an der Basis gelöst werden. Alle sollen sowohl diejenigen kennen, die sich zu den Menschen wirklich fürsorglich verhalten als auch diejenigen, die gleichgültig und uninitiativ sind. Die Werkstätten müssen alles wissen und diese wichtige Arbeit übernehmen.

Auf dem ZK-Plenum muß auch verlaubt werden, daß sich nicht bei weitem nicht alle Ministerien den Belangen der Konsumgüterproduktion zugewandt haben. 18 Zweige haben ihre Aufgaben für das Vorjahr bei der Produktion von Kultur-, Haushalts- und Wirtschaftswaren nicht erfüllt. Darun-

ter sind auch die Ministerien, geleitet von Genossen E. K. Perwuschin, P. S. Pleschakow, W. M. Welitschko und A. A. Jeschewski.

In einigen Ministerien verhält man sich zur Konsumgüterproduktion formell, wie zu einer Nebensache, mancherorts sieht man darin eine Bürde. Die Genossen müssen es verstehen, daß sie sich sehr irren, und je rascher sie mit diesem Irrtum Schluß machen werden, desto besser wird es für die Sache und auch für sie selbst sein. Bis jetzt ging die Rede davon, daß wir unbedingt mehr Waren besserer Qualität und größeren Sortiments brauchen. Doch es geht nicht nur darum.

Sehen Sie nur, wie viele Fakten es gibt, die davon zeugen, daß die Bevölkerung sogar mit Waren schlechter versorgt ist, die wir zur Genüge besitzen. Wenn man aber noch hinzufügt, daß in zahlreichen Handelseinrichtungen und -betrieben keine gebührende Ordnung herrscht, daß die Verkaufskultur niedrig ist, daß es lange Reihen gibt, weil es an Verkaufsstellen selbst mangelt, und daß die Arbeitszeit im Handels- und im Dienstleistungsbereich nicht immer dem Arbeits- und Lebensregime der Bevölkerung in Stadt und Land unterordnet ist, so wird es allen klar, warum man so häufig über deren Arbeit klagt. Diese Fragen müssen von den Organen an der Basis in absehbarer Zukunft gelöst werden.

Nur mangelhaft werden im Lande die Möglichkeiten zur Auffüllung der Warenressourcen durch die Produktions- und Erfassungstätigkeit der Konsumgenossenschaftsverbände genutzt. Darüber gibt es genug Klagen. Dieses System stellt sich nur langsam um. Dabei geht vieles, was man bei der Bevölkerung aufkaufen und über die Konsumgenossenschaften an den Verbraucher bringen könnte, rundweg verloren. Zur Zeit erweisen wir Hilfe dem Zentralverband der Konsumgenossenschaften. Auch die örtlichen Sowjetorgane müssen seine Bemühungen unterstützen. Genossen, wir dürfen uns nicht

abfinden mit dem Rückstand bei den kommunalwirtschaftlichen Dienstleistungen, mit der unbefriedigenden Lage in Personenverkehr, Nachrichtenwesen, Touristik, bei Körperkultur und Sport. Kann denn das als normal gelten, wenn die Wohnungsrenovierung, die Reparatur der Haushaltstechnik, das Schuhmachen und Kleidernähen in Stadt und Land sich zu einem äußerst schwierigen Problem gestalten.

Nicht von ungefähr entstand in diesem Bereich eine Art „Schattenökonomik“. Überlegen Sie sich mal solche eine Ziffer: Die Organe der Zentralverwaltung für Statistik melden, daß die Bevölkerung gemäß ihren Berechnungen für verschiedene Dienste jährlich etwa 1,5 Milliarden Rubel an Privatpersonen zahlt.

Wir lenken wiederholt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, den Bedarf der Bevölkerung an Holz- und Baumaterialien vollständig zu decken. Diesbezüglich wurden Beschlüsse gefaßt, die jedoch von den Organen im Zentrum und an der Basis schlecht erfüllt werden.

Meines Erachtens wird die heutige Erörterung der lebenswichtigen Fragen der Sowjetgesellschaft auf dem Plenum als Lehre und als Stimulus für alle Mitarbeiter in der Zentrale und an der Basis dienen.

Die Lösung der Probleme der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wohnungen und Konsumgütern muß sich ständig im Blickfeld der Wirtschaftsorgane befinden. Das bezieht sich in vollem Maße auch auf das Gesundheitswesen und auch auf das, was wir Ökologie nennen. In den letzten zwei Jahren lenkte die Lage in diesem Bereich die angespannte Aufmerksamkeit des Politbüros und der Regierung auf sich. Es sei betont, daß sich auf dem Gebiet der ärztlichen Berzeugung und der Erhaltung des Lebensmilieus der Menschen zahlreiche negative Erscheinungen angehäuft haben. Wir leiten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage ein. Das ist ein Anliegen von ersterangiger Bedeutung, das allgemeine Aufmerksamkeit und kolossale praktische Mühe erfordert.

voraus. Die Sowjetmenschen kennen sehr gut den Wert solches „Interesses“ für unsere Angelegenheiten.

Wir forcieren die Umgestaltung, entwickeln die Demokratie, festigen die Werte des Sozialismus nicht, um jemandem zu gefallen, sondern, um unserer Gesellschaft durch Umgestaltung und Demokratie zu neuen Höhen des sozialökonomischen und geistigen Fortschritts zu verhelfen. Und wir werden von dem Weg der Umgestaltung nicht abweichen!

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Analyse der jetzigen Umgestaltungsetappe, Genossen?

Wir müssen in erster Linie von der realen ideologisch-politischen Situation ausgehen, die nach dem Aprilplenum des ZK entstanden ist: sie ist kompliziert und widerspruchsvoll, doch, im ganzen gesehen, zweifellos günstig für die ganze Sache der Erneuerung des Sozialismus, für die Umgestaltung, Kennzeichnend für das Leben unserer Gesellschaft ist die zunehmende Aktivität aller Bevölkerungsschichten, die Rührigkeit beim Aufwerfen neuer Fragen und die Überwindung der noch vorhandenen Trägheit. Es charakterisiert sich durch eine sich rasch entwickelnde Kühnheit und Entschlossenheit durch das Bestreben der Menschen, die Verantwortung für gesellschaftliche Angelegenheiten und für die weitere Entwicklung der demokratischen Prinzipien im Leben unseres Landes zu übernehmen.

Das geht einher mit der Festigung der Überzeugung, daß die hohen Prinzipien des Sozialismus unerschütterlich sind und daß ihre Verwirklichung nicht irgendwem in ferner Zukunft, sondern schon heute und morgen real ist.

Die neuen Prozesse im ideologisch-politischen Bereich erfolgen nicht reibungslos und sind ihren Ergebnissen nach nicht eindeutig. Im gesellschaftlichen Bewußtsein hat sich nicht wenig Negatives als Widerspiegelung der entsprechenden Erscheinungen im Leben selbst, vor allem die Diskrepanz zwischen Wort und Tat, angeeignet. Es liegen auch eine gewisse Verwirrung, Mangel an Verständnis für Wandlungen und Angst vor ihnen vor, es gibt auch Versuche, sich dem Neuen zu widersetzen. Es wäre falsch, das zu übersehen. Doch ein noch größerer Fehler und Irrtum ist es, die Schwierigkeiten und Mängel in unserer ideologisch-politischen Entwicklung zu absolutisieren, denn dadurch wären die Umgestaltung selbst sowie die durch sie hervorgerufenen neuen günstigen politischen und ideologischen Erscheinungen im Leben der sozialistischen Gesellschaft in Frage gestellt.

Wir brauchen vor der Neuheit der Probleme, vor den Neuentdeckun-

gen und vor dem neuen Herangehen an Fragen des ideologisch-politischen Prozesses keine Angst zu haben. Wir sind vernünftig genug und besitzen ausreichend Kraft und Können, um die ideologische Arbeit unter den Bedingungen der Umgestaltung auf Leninsche Art und Weise durchzuführen, ohne über ihren jeder Erfolge in Entzücken zu geraten, aber auch ohne den Mut zu sinken zu lassen oder, wenn irgendwelche negativen Erscheinungen auftreten, die man muß sich die komplizierte, dialektisch widerspruchsvolle Kunst der Umgestaltung aneignen.

Genossen! Ich denke, wir müssen auf dem Plenum folgendes vereinbaren. In zwei bis drei Monaten beginnt die Wahlkampagne mit Rechenschaftslegung in den Parteigrundorganisationen. Da wird es durchaus angebracht sein, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Kommunistenversammlungen die Frage des Verlaufs der Umgestaltung, der Tätigkeit der Parteiorganisation zu rücken, dessen, wie sich Kommunisten die Arbeiter, Bauern, die Intelligenz sowie unsere Führungskader an diesem großen Vorhaben unseres ganzen Landes beteiligen. Die vorstehenden Rechenschaftslegungen und Wahlen in der Partei müssen einschätzen, was getan ist, und feststellen, was zur Vertiefung und Beschleunigung der Umgestaltung getan werden muß.

Es ist sehr wichtig, daß an die Leitung in den Parteiorganisationen in der gegenwärtigen Etappe — der Etappe der Entfaltung großangelegter praktischer Taten — die aktivsten Anhänger der Umgestaltung, prinzipienfesten Menschen kommen, die die Erfordernisse der Zeit gut einsehen und richtige Organisatoren der Umgestaltung sind, die ihre Kräfte für den Erfolg der Umgestaltung nicht schonen werden.

Offensichtlich wird es richtig sein, am Jahresende auch Plenartagungen der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, der Region-, Gebiets-, Bezirks-, Stadt- und Rayonparteikomitees abzuhalten und auf ihnen die Rechenschaftslegungen der Büros der entsprechenden Komitees über die Arbeit zur Leitung der Umgestaltung zu erläutern. Rechenschaftslegungen der Büros und Parteikomitees zu dieser Frage sollte man auch in den Grundparteiorganisationen entgegennehmen, die statutengemäß in diesem Jahr nicht neugewählt werden.

Das Politbüro betrachtet die diesjährige Berichts- und Wahlkampagne als eine wichtige Etappe in der weiteren Aktivierung sämtlicher Tätigkeit der Partei auf dem Wege zur Unionsparteikonferenz. Über das Datum der Abhaltung der

Konferenz soll auf diesem Plenum entschieden werden. Bekanntlich wurden in unserer Partei gesamtparteiliche Konferenzen zwischen den Parteitagen einberufen. In der Zeit bis zum Jahre 1941 trug diese Praxis einen regelmäßigen Charakter. Zahlreiche Konferenzen lösten in den Wendetappen der Geschichte Probleme, die den Rahmen taktischer Fragen weit überschritten. Vielfach wurden hier Aufgaben strategischen Charakters unterbreitet, Änderungen in den Zusammensetzung der Zentralorgane der Partei vorgenommen.

Auf dem Januarplenum wurde der Vorschlag unterstützt, im nächsten Jahr vor der Berichts- und Wahlkampagne in den Parteiorganisationen eine gesamtparteiliche Konferenz einzuberufen. Das Politbüro macht den Vorschlag, die XIX. Unionskonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für den 28. Juni 1988 anzuberufen.

Ausgehend von den prinzipiellen Vorschlägen, die auf dem Januarplenum und während der Vorbereitung dieses Plenums gemacht wurden, könnte man folgende Fragen zur Erörterung auf dieser Konferenz unterbreiten:

1. Verlauf der Realisierung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU, die wichtigsten Ergebnisse der ersten Hälfte des zwölften Planzeitraums und die Aufgaben der Parteiorganisationen zur Vertiefung des Umgestaltungsprozesses.

2. Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung des Lebens der Partei und der Gesellschaft.

Diese vorgeschlagene Tagesordnung muß es ermöglichen, die politischen Erfahrungen auszuwerten, die sich in der Partei nach dem XXVII. Parteitag angesammelt haben, unsere Vorwärtsbewegung in den wichtigsten Richtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu bewerten, den Verlauf der Realisierung der radikalen Reform der Wirtschaftsleitung, die Teilnahme der Partei- und anderer Massenorganisationen sowie der Staats- und Wirtschaftsorgane an der Umgestaltung zu analysieren.

Die Analyse des Verlaufs der Realisierung der Partei tagungsbeschlüsse, die Auswertung der politischen Arbeit zur Erfüllung des Fünfjahrplans, die prinzipielle Einschätzung der Erfolge und Mängel werden es dann gestatten, auf den Berichts- bzw. Wahlenversammlungen und -konferenzen die Tätigkeit und die Aufgaben jeder Parteiorganisation anspruchsvoll zu erörtern. Das wird den Prozeß der Demokratisierung des innerparteilichen Lebens fördern, zur Steigerung der Aktivität und Verantwortung der Kommunisten sowie zur Vertiefung sämtlicher Umgestaltung beitragen.

Demokratisierung — maßgebende Voraussetzung für die Umgestaltung

Genossen! Nach dem Aprilplenum des ZK der Partei ist es uns gelungen, eine neue moralisch-politische Atmosphäre in der Gesellschaft zu schaffen. Eine Atmosphäre des Schöpfertums, der Suche, der realistischen Bewertung der Wirklichkeit und des kompromißlosen Kampfes gegen alles, was dem Leben im Wege steht. Daher besteht die erste Schlußfolgerung, die aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre resultiert, darin, die im Lande zustandekommende Atmosphäre der Publizität und Offenheit nicht nur zu erhalten und zu fördern, sondern sie auch größtmöglich zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Gerade diese Atmosphäre bietet jedem Menschen die Möglichkeit, seine staatsbürgerliche Haltung zur Geltung zu bringen, aktiv an der Erörterung und Lösung der lebenswichtigen Probleme der Gesellschaft teilzunehmen und die in dieser Richtung gehenden Prozesse zu beschleunigen.

Die Erfahrungen zeigen, daß der Erfolg dort erzielt wird, wo die Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane die steigende politische und gesellschaftliche Aktivität der Werktätigen in vollem Maße nutzen. Ich sage es aufrichtig: Wir werden die Aufgaben der Umgestaltung nicht bewältigen, wenn wir nicht unbeirrt und konsequent den Kurs auf Demokratisierung steuern werden. Erinnern wir uns an die Worte W. I. Lenins: „Je tiefer die Umgestaltung, die wir vollbringen wollen, desto mehr muß mein Interesse und bewußte Einstellung zu ihr wecken, desto muß immer neue und neue Millionen und aber Millionen von dieser Notwendigkeit überzeugen“. Gerade so, auf Leninsche Weise, müssen wir auch jetzt handeln.

Zugleich darf man auch folgenden nicht verschweigen. Die Materialien der Presse, das Bekanntwerden mit der Sachlage in den örtlichen Organisationen und die einlaufenden Informationen zeugen davon, daß die Entwicklung der Offenheit und der Demokratie nur unter Schwierigkeiten und mancherorts sogar schmerzhaft vor sich geht. Manche Genossen bekunden Unverständnis der demokratischen Veränderungen und Furcht davor. Diese Frage ist äußerst wichtig; ich glaube, daß Plenum wird sie erörtern und dazu eine klare und feste Position einnehmen.

In dem Maße, wie die Umgestaltung verwirklicht wird, vertieft sich auch der Prozeß der Demokratisierung aller Lebensbereiche unserer Gesellschaft und kommen neue Realitäten auf, die wir nicht übersehen, einfach nicht unbeachtet lassen dürfen. Unsere Menschen wollen sich nicht mehr damit abfinden, daß irgendwer außer ihnen selbst die Fragen löst, die ihre Interessen betreffen. Zuweilen führt das zu heiklen Situationen. Wovon zeugen sie? Davon, daß manche Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane und ein Teil unserer Führungskader in den zentralen und örtlichen Organisationen es noch nicht gelernt haben, unter den Bedingungen der sich erweiternden Demokratie zu arbeiten. Diese Schulung darf aber nicht auf die Zukunft verlegt werden, beharrlich lernen muß man schon jetzt. Die Parteikomitees und Organisationen sowie die Staatsmachtorgane müssen beständig den Puls der öffentlichen Meinung fühlen und an ihr die zu treffenden Entscheidungen und ihre Handlungen messen. Unser Volk ist sowohl politisch als auch praktisch für die Demokratisierung.

Die Beherrschung neuer Verfahrensweisen in der politischen Arbeit, in der organisatorischen und ideologischen Tätigkeit erfolgt nicht leicht. Manch einer bequemt sich nur schwer zur Offenkundigkeit, anderen sind die Kritik und Veröffentlichungen in der Presse zuwider, wieder andere sind stets der Ansicht, daß ausgerechnet nur ihre Meinung „unfehlbar“ ist. Auf all das stoßen wir jetzt, und dabei nicht selten. Wollen wir diesen Ereignissen auf den Grund gehen. Mit der Demokratisierung sind diejenigen unzufrieden, die es befürchten, unter die öffentliche Kontrolle seitens der Gesellschaft zu geraten. Sie wissen gut: Vor der Obrigkeit kann man sich noch irgendwie rechtfertigen, vor dem Volke aber hat man in vollem Maße zu verantworten. Die Demokratie rückt alles auf seinen Platz, so daß man sehen kann, was du bist und was du leisten kannst.

Man darf auch einige besorgniserregende Momente nicht verschweigen. Bei einer beliebigen globalen Arbeit kann man sich nicht vor Unkosten sichern. Es gab, gibt sie und wird sie auch in Zukunft geben. Jetzt haben auch wir mit solcher Situationen zu tun, wo manche nichts dagegen hätten, die Atmosphäre der Offenheit und Publizität durchaus nicht im Interesse der Umgestaltung, nicht im Interesse des sich entwickelnden Sozialismus der Arbeitmenschen, sondern zu ihren gewinn-süchtigen Zwecken zu nutzen.

Es gilt, gegen solche Erscheinungen anzukämpfen, dabei aber publik und offen. Unter den Bedingungen der erweiterten Demokratie leben und arbeiten heißt keine Diskussionen und Kollisionen der Meinungen und Positionen befürchten. All das ist natürlich und notwendig bei der Suche nach Wahrheit bei der Lösung aufkommender Probleme und bei der Beschleunigung unserer Vorwärtsbewegung.

Wenn wir aber sagen, daß die Demokratie lebhaft, umfassende und verantwortliche Diskussionen, die Gegenüberstellung verschiedener Standpunkte voraussetzt, so bedeutet das, daß die Versuche, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die einen Halbwahrheiten diese gegen andere auszutauschen, nicht als demokratisch gelten können. Es ist undemokratisch, wenn unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Ambitionen der einen Gruppe und ihre Ansprüche auf die Wahrheit „in letzter Instanz“ die Ambitionen einer anderen Gruppe, ihre Gewohnheiten und ihr subjektives Standpunkt aufzuzwängen werden. Darauf stoßen wir auch in den Massenmedien, in der Kunst und Literatur, in wissenschaftlichen Kreisen. Diese Erscheinung hat auch die Partei- und Massenorganisationen nicht umgangen.

Im allgemeinen aber sage ich folgendes: Der Prozeß der Offenheit, Kritik und Selbstkritik erfolgt bei uns auf gesunder Grundlage. Er spielt eine große Rolle für die Vereinigung anhand der Prinzipien der Umgestaltung aller Kräfte der Gesellschaft und für die Durchführung fortschrittlicher Umgestaltungen im Interesse des Volkes und des Sozialismus.

Genossen! Bei der Erörterung der Wege zur weiteren Demokratisierung der Gesellschaft möchte ich in diesem Zusammenhang die Frage der Kontrolle berühren. Auf der jüngsten Sitzung im ZK der KPdSU sagten ihre Teilnehmer,

daß die Kontrolle unbedingt nötig sei, aber keine solche wie jetzt. Die in den letzten Jahren im ökonomischen Bereich aufgedeckten Übergriffe und Verbrechen zeugen davon, daß das heutige System der Kontrolle ineffektiv, allzu zersplittert ist, daß es die Arbeitszeit vergeudet, viele Menschen und Mittel ablenkt und, hauptsächlich, daß es sich auf resortmäßige und lokalpatriotische Interessen beschränkt sowie in vielen von den Organisationen und Amtspersonen abhängt, die es zu kontrollieren hat.

Ich bin der Ansicht, daß das Sekretariat des ZK der KPdSU und die Regierung die Frage des aufgebildeten Kontrollapparats analysieren und entsprechende Maßnahmen beschließen müssen zu seiner Reduzierung, zur Regelung seiner Tätigkeit, zu seiner Unterstellung den staatlichen und gesellschaftlichen Interessen und zur Festigung der Gesetzmäßigkeit.

Wir müssen vollständig das Leninsche Prinzip der sozialistischen Kontrolle beherrschen, das umfassenden Demokratismus mit Parteileitung vereint. Die Volkskontrolle betrachten wir auch als ein wirksames Mittel zur Ermittlung neuer herangeleiteter Probleme und als eine der wichtigsten Formen der Einbeziehung der Massen in den Prozeß der Selbstverwaltung der gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sollte man die Schaffung eines einheitlichen Systems der Kontrolle auf der Grundlage des Komitees für Volkskontrolle erwägen; dieses System sollte weitgehende Vollmachten auf dem ganzen Territorium unseres Landes besitzen, sich auf die maximale Offenkundigkeit in der Arbeit stützen und ihre wichtigen Funktionen komplex, von den Positionen des ganzen Volkes aus und in breitem sozialpolitischem Kontext ausüben.

Genossen! Die Umgestaltung in unserer Gesellschaft hat in der Welt großes Interesse ausgelöst. Wir verspüren das Verständnis für unsere Probleme und die Sympathie nicht nur der Werktätigen der sozialistischen Länder, sondern auch der breiten Kreise der Weltöffentlichkeit. Unser Kurs auf Umgestaltung ist von verschiedenen politischen Kräften ernst aufgenommen worden. Dieser Kurs hat das Gewicht, den Einfluß und das Ansehen unseres Landes wesentlich gehoben, er demonstriert die Aufrichtigkeit und Friedfertigkeit unserer Absichten in der internationalen Arena. Natürlich gibt es im Westen, insbesondere in den USA, genügend einflußreiche Gruppen, denen gerade das nicht in den Kram paßt. „Die Publizität ist für die amerikanische öffentliche Diplomatie eine Herausforderung, der Geist der freien Welt, ihr heutiges Leben und die Perspektive ihrer künftigen Sicherheit sind in Gefahr!“ so denken einige Vertreter der in Amerika herrschenden Kräfte. Sie verstehen, daß sich nur schwer überzeugende Argumente gegen den Kurs unserer Partei auf Umgestaltung finden lassen. Deshalb setzen sie hauptsächlich darauf, uns unter Mißbrauch des Demokratisierungsprozesses und der Publizität falsche Ziele und schädliche Werte unterzuschleichen, bei unseren Menschen Zweifel an der Richtigkeit und Ehrlichkeit der Politik der Partei, am Kurs auf Umgestaltung und Verbesserung der Sachlage im Lande zu säen. Hier gibt es nichts Neues für uns. Dies war auch zu erwarten, und wir sahen es

II. Radikale Reform der Wirtschaftsleitung — Hauptelement der Umgestaltung

Notwendigkeit und Wesen der Reform

Genossen! Heute, wo die grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsleitung zur Erörterung steht, muß man sich immer wieder real vorstellen, in welchem Zustand unsere Volkswirtschaft die Wende der 70er und 80er Jahre erreicht hat. Zu dieser Zeit war das Tempo des Wirtschaftswachstums auf ein Niveau absunken, das faktisch den Eintritt einer Wirtschafts stagnation bedeutete. Wir hüfteten offensichtlich eine Position nach der anderen ein; bei der Steigerung der Effektivität der Produktion und der Erzeugnisqualität, sowie in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung vergrößerte sich die Diskrepanz gegenüber den entwickeltesten Ländern nicht zu unserem Gunsten.

Die Entwicklung der Ökonomik gewann einen ungesunden Charakter. Es bedurfte ernsthafter Wandlungen in der Strukturpolitik und in den Investitionsrichtungen, um mehr Dynamik der Entwicklung der Zweige zu verleihen, die die Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Ressourceneinsparung und der Einsparung lebendiger Arbeit bilden. Leider wurde das nicht getan. Mehr noch, der Maschinenbau wurde vernachlässigt, sein Produktionsapparat veraltet, die Erzeugnisse entsprachen immer weniger dem Weltniveau.

Das Bestreben, das Absinken des Wachstumstempos durch extensive Methoden aufzuhalten, führte zu maßlosen Aufwendungen für die Weiterentwicklung der Brennstoff- und Energiezweige, zur forcierten Inanspruchnahme weiterer natürlicher Ressourcen für die Produktion, zum übermäßigen Wachstum des Bedarfs an zusätzlichen Arbeitskräften, zum akuten Mangel daran in der Volkswirtschaft sowie zum Rückgang der Fondseffektivität. Angesichts dieser ökonomischen Schwierigkeiten und des Abfalls des Wachstumstempos des National-einkommens steigerte sich die finanzielle Spannung in der Volkswirtschaft, die zu einer ernsthaften Zerrüttung des Finanz- und Kreditmechanismus führte. Nehmen wir den Staatshaushalt. Außerlich schien das alles in Ordnung zu sein. Die Ausgaben wurden durch die Einnahmen gedeckt. Doch wie erreichte man das? Nicht durch Steigerung der Effektivität der Volkswirtschaft, sondern auf anderen Wegen, die weder wirtschaftlich noch sozial gerechtfertigt waren. Insbesondere wurden Erdöl und andere Brennstoffe, Energieresourcen sowie Rohstoffe bei über-

den Weltmarkt feilgeboten. Es kam vor, daß an den Haushalt unbedeutend Eigenmittel der Betriebe und Organisationen abgeführt wurden, was die Bedingungen für deren normale Wirtschaftstätigkeit untergrub.

Natürlich ist der Zuwachs der Produktion und Realisierung von Weinen und Spirituosen durch nichts zu rechtfertigen. Der Eingang der Umsatzsteuer vom Verkauf der Alkoholgetränke erreichte im elften Planjahr 169 Milliarden Rubel, während er im achten Planjahr fünf 67 Milliarden Rubel ausmachte.

Mit einem Wort, das Land ist in das zwölfte Planjahr fünf mit einer schweren Finanzlast getreten. Es sei noch hinzugefügt, daß unter den Bedingungen der ständigen Verteilung der Planaufgaben der letzten drei Planjahr fünf in der Steigerung der Produktion und ihrer Effektivität der Aufwand für den Arbeitslohn systematisch die Plan-kennziffern überschritt. Somit wurde ein Teil der Mittel ohne jegliche Verbindung mit dem Endresultat der Arbeit verteilt.

Unter diesen Bedingungen kam es in der Volkswirtschaft nicht nur zur Verminderung des Defizits, sondern umgekehrt, die Sachlage hat sich in dieser Hinsicht noch verschlimmert. Im Grunde genommen, mangelte und mangelt es an allem — an Metall, Treibstoff, Zement, Maschinen, Bestandteilen. Wenn man noch der ständige Mangel an Arbeitskräften hinzufügt, dann wird es klar, daß sich die Ökonomik unter diesen Bedingungen nicht normal entwickeln kann. Die ökonomischen Stimuli der Steigerung der Qualität und Effektivität wirken nicht mehr, es entstehen Voraussetzungen für die Steigerung der Preise und eine Reihe anderer negativer Prozesse. Besonders alarmierend ist es jedoch, daß wir in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zurückzubleiben beginnen. Während die Länder des Westens in breitem Ausmaß an die strukturelle Umgestaltung der Ökonomik unter Akzentuierung der Einsparung von Ressourcen, der Nutzung neuester Technologien und anderer Errungenschaften der Wissenschaft und Technik gegangen sind, hat sich bei uns der wissenschaftlich-technische Fortschritt verschleppt. Und dies nicht aus Mangel an wissenschaftlichem Vorlauf, sondern hauptsächlich wegen der Unempfindlichkeit der Volkswirtschaft für Neues. Selbst die Valutaerträge vom Export von

Erdöl und anderer Rohstoffressourcen nutzen wir vorwiegend für die Lösung von Tagesaufgaben und nicht für die Modernisierung der Ökonomik. Wie auf dem Januarplenum bereits gesagt wurde, hat sich diese Situation in der Ökonomik äußerst negativ auf den Lebensstandard der Bevölkerung und auf die Entwicklung der sozialen Sphäre ausgewirkt. So sind die Realitäten, Genossen.

Das Politbüro hält es für notwendig, all das noch einmal mit aller Aufrichtigkeit zu betonen, nicht zuletzt auch deshalb, weil die und da Stimmen laut werden: Ist denn wirklich alles so schlecht, muß man denn die Einschätzungen verschärfen, brauchen wir eine grundlegende Umgestaltung? Vielleicht genügt es einfach, von oben herabzudrücken, noch einige partielle Maßnahmen zu treffen? Ich denke, wenn derartige Stimmungen Oberhand nehmen würden und auf ihrer Grundlage die gegenwärtige Politik ausgearbeitet würde, wäre das für das Land und für das Volk äußerst folgenschwer.

Das Herausbringen unserer Ökonomik aus dem Vorkrisenzustand, in den sie geraten ist, macht tiefe, wirklich revolutionäre Umgestaltung notwendig. Zu diesem Zweck haben wir eine neue ökonomische Strategie ausgearbeitet und sind an ihre Realisierung gegangen. Wir haben Veränderungen in die strukturelle und Investitionspolitik hineingebracht, umfangreiche Zielprogramme geschaffen, die Hauptrichtungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts festgelegt. In letzten zwei Jahren sind die ersten Schritte zur Meisterung neuer Methoden des Wirtschaftens unternommen worden, die auf Grund der Analyse der Situation an der Wende der 70—80er Jahre und einer Serie breitangelegter ökonomischer Experimente ausgearbeitet waren.

Ich würde jedoch sagen, daß hier keine grundlegenden, kardinalen Fortschritte erzielt worden sind. Der Bremsmechanismus ist noch nicht beseitigt und nicht durch den Mechanismus der Beschleunigung ersetzt worden. Man ist gezwungen, ihn nach wie vor durch nichtwirtschaftliche Methoden und administrativen Druck zu ersetzen. Wir stehen jetzt vor der erstrangigen und dringlichen Aufgabe, ein einheitliches, effektives und flexibles System der Leitung der Ökonomik zu schaffen. Die Aufgabe ist, wie Sie wohl einsehen, nicht einfach. Das bestehende System der

(Fortsetzung S. 4)

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow

(Fortsetzung)

Leitung ist nicht an einem Tag entstanden, es enthält zahlreiche Schichten in sich, die Bedingungen und Besonderheiten verschiedener Perioden in der Geschichte unseres Landes mit allen ihren Errungenschaften, Widersprüchen und Schwierigkeiten widerspiegeln.

Die Grundlagen des bestehenden Systems der Leitung sind in der 30er Jahren geschaffen worden. In jener schweren Periode sah sich unser wirtschaftlich bei weitem nicht bestentwickeltes Land, das mit der ganzen kapitalistischen Welt konfrontiert war, vor der Notwendigkeit, rasch den technisch-ökonomischen Rückstand zu überwinden und grundlegende strukturelle Umwandlungen in der Volkswirtschaft herbeizuführen.

Und sie wurden auch in präzedenzlos kurzen Fristen herbeigeführt. In den Jahren der Vorkriegsplanjahrlaufstiege stieg der Umfang der Industrieproduktion auf das 6,5fache, in ihrem Ausstoß rückte die Sowjetunion vom vierten auf den ersten Platz in Europa und vom fünften auf den zweiten in der Welt. Der Anteil der Zweige der Produktionsmittelindustrie stieg von 39,5 auf 61 Prozent. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in der Industrie vergrößerte sich in den 12 Vorkriegsjahren auf dreifache.

Um diese Aufgaben zu lösen, mußte der Anteil der Akkumulationsmittel im Nationaleinkommen rapide gesteigert werden. Zu Beginn des zweiten Planjahrlaufs betrug er 30 Prozent, d. h. wurde zweimal höher als Ende der 20er Jahre und einige Mal höher als im vorrevolutionären Rußland. Über den Staatshaushalt wurden etwa 60 Prozent des Nationaleinkommens umverteilt. Diese riesigen Ressourcen wurden zentralisiert auf die erstrangige Entwicklung der Schwerindustrie gerichtet.

Eben für diese Ziele wurde das System der Leitung geschaffen, das auf rigorosem Zentralismus, ausführlicher Reglementierung der Arbeit, auf Direktivaufgaben und der Festlegung planmäßiger Haushaltsausgaben basierte. Unter den damaligen Bedingungen gewährleistete es die rascheste Lösung solcher strategischen Aufgaben, für deren Lösung die entwickelten kapitalistischen Länder Jahrzehnte benötigten. In den Kriegsjahren hatte sich der zentralisierte Charakter der Leitung noch mehr verstärkt. Im wesentlichen wurde er auch unter den Bedingungen des Nachkriegswiederaufbaus beibehalten.

Natürlich läßt sich dieser Charakter der Leitung nicht in allem durch objektive Gründe erklären. Es gab auch fehlerhafte Verfahrensweisen, man traf Entscheidungen subjektivistischer Art. Das muß man einsehen und bei der Erörterung der jetzigen Probleme berücksichtigen. Das bestehende Leitungssystem kam aber mit den Jahren in immer schärferem Widerspruch mit den Verhältnissen und Belangen der Wirtschaftsentwicklung.

Der stürmische Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution, die rapide Komplizierung der Volkswirtschaft, die Notwendigkeit der Verlagerung des Schwerpunktes von Extensiv- auf Intensivmethoden, von Quantität auf Qualität, die Verstärkung des Einflusses sozialer Bedingungen und die einschneidende Steigerung der Rolle des Faktors Mensch forderten durchgreifende Umgestaltungen der Wirtschaftsleitung.

Die Umgestaltung der Wirtschaftsleitung kam immer nachdrücklicher auf die Tagesordnung. Diese Frage wurde in wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kreisen behandelt. Ich möchte mich auf den Beitrag des Akademienmitgliedes W. S. Nemtshin in der Zeitschrift „Kommunist“ von 1964 berufen. Schon damals schrieb er: „Die primitive Auffassung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen großen und kleinen ökonomischen Systemen kann nur durch ein vernünftigeres mechanisches System geschaffen, bei dem alle Leistungsparameter im voraus vorgegeben sind und sämtliches System von oben bis nach unten für jeden Moment und in jedem gegebenen Punkt limitiert ist... Dieses von oben bis nach unten limitierte ökonomische System wird den sozialen und technischen Fortschritt hemmen und wird unter dem Druck des realen Prozesses des Wirtschaftslebens früh oder spät gebrochen werden.“

In den letzten Jahrzehnten wurden mehrmals auch praktische Versuche unternommen, das bestehende Leitungssystem zu verändern. Das wurde sowohl in den 50er als auch in der zweiten Hälfte der 60er und auch Ende der 70er Jahre getan. Diese Versuche waren jedoch nicht voll und konsequent, sie ergaben bestenfalls einen kurzzeitigen Effekt und führten nicht zum nötigen Umschwung. Indessen erschaffte die stimulierende Wirkung des alten Wirtschaftsmechanismus immer und ihre hemmende Wirkung nahm ständig zu.

Heute, im Wendepunkt, wo wir kardinale Lösungen gefunden haben, sind wissenschaftliche Begründung, theoretische und ideologische Klarheit bei der Erfassung des Wesens und des Hauptsinns der eingetretenen Wandlungen sowie der Ausrichtung in der Umgestaltung der Leitung besonders wichtig. Wie und wohin müssen wir weiter gehen? Worauf können und müssen wir verzichten, was muß man festlegen und vervollkommen und was neu einführen?

In diesem Zusammenhang sei betont: Jede Etappe unserer Geschichte war mit angespannter Arbeit des Volkes erfüllt und brachte beachtliche Leistungen mit sich. Die im Wirtschaftsaufbau gesammelten Erfahrungen sind von überaus großem Wert. Diese Erfahrungen mit all ihren Errungenschaften, Übergriffen und sogar Fehlern

sind eine Schule, deren Lehren für unsere Gegenwart und unsere Zukunft wichtig sind.

In prinzipieller Hinsicht sind uns der Sinn und die Ausrichtung der radikalen Reform der Leitung klar. Sie können durch die Formel „Mehr Sozialismus, mehr Demokratie“ ausgedrückt werden.

Sie enthält auch die Antwort auf die Frage, ob unsere Umgestaltung nicht eine Abkehr von den Grundsätzen des Sozialismus, auf jeden Fall ihre gewisse Abschwächung bedeute. Nein! Im Gegenteil — das, was wir schon tun, planen und vorschlagen, muß den Sozialismus stärken und alles abschaffen, was der Entwicklung des Sozialismus im Wege steht und seinen Fortschritt hemmt, muß sein Riesipotential im Interesse des Volkes erschließen, alle Vorzüge unserer Gesellschaftsordnung zur Geltung bringen und ihr die modernsten Formen verleihen.

Was heißt aber Festigung des Sozialismus in der Tat? Das ganze Wesen unserer revolutionären Lehre, all unsere reichen Erfahrungen zeigen, daß man sich den Sozialismus nicht als eine erstarrte stabile Gesellschaft und die praktische Arbeit zu seiner Vervollkommnung als ein Mittel dazu vorstellen darf, um die komplizierte Wirklichkeit den ein für allemal formulierten Ideen, Begriffen und Formeln anzupassen.

Die Vorstellungen vom Sozialismus und von seiner Ökonomik entwickeln sich stets und bereichern sich im Hinblick auf die historischen Erfahrungen und objektiven Verhältnisse. Wir müssen bei W. I. Lenin lernen, schöpferisch an die Entwicklung der Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus heranzugehen, sich wissenschaftliche Methodologie aneignen und die Kunst der konkreten Analyse der konkreten Situation erlernen.

Die Hauptfrage der Theorie und Praxis des Sozialismus ist diese: Wie könnten auf sozialistischer Grundlage mächtigere Stimuli des wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts als im Kapitalismus geschaffen werden, wie wäre die planmäßige Leitung mit den Interessen der Persönlichkeit und des Kollektivs am effektivsten zu verbinden? Das ist die komplizierteste Frage, auf die das sozialistische Denken und die gesellschaftliche Praxis eine Antwort suchen und suchen. In der gegenwärtigen Etappe des Sozialismus nimmt die Bedeutung dieser Frage unermeßlich zu.

Da gilt es noch viele Probleme zu lösen. Den Schlüssel zur Schaffung wirksamer Stimuli der Steigerung der Produktionseffektivität sehen wir darin, für den Arbeitsmenschen die Stellung eines wahren Herren sowohl am Arbeitsplatz als auch im Kollektiv und in der ganzen Gesellschaft zu sichern. In theoretischer und praktischer Hinsicht ist es unbestreitbar, daß das Interesse der Werktätigen als der Herren der Produktion das stärkste Interesse, die mächtigste Triebkraft zur Beschleunigung des sozialökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist.

Doch was bedeutet das, den Werktätigen zum realen und aktiven Herrn des gesellschaftlichen Eigentums zu machen? Das bedeutet, den Kollektiv und den einzelnen Mitarbeitern ein umfassendes Verfügungsrecht über das öffentliche Vermögen zu gewähren und die Verantwortung für die Effektivität seiner Nutzung zu erhöhen. Das bedeutet die Teilnahme breiter Massen der Werktätigen an der Leitung der Ökonomik auf allen Ebenen zu gewährleisten — von der Brigade bis zur Volkswirtschaft. Das heißt, daß die Einkünfte der Werktätigen davon abhängen müssen, wie der Mensch an seinem Arbeitsplatz, im Rahmen seines Betriebs arbeitet und letzten Endes auch davon, welche Erfolge im ganzen Lande erzielt werden — überhaupt — von den Endergebnissen.

Die Demokratisierung der Ökonomik ist untrennbar von der aktiven Nutzung — neben dem staatlichen Eigentum — zugleich verschiedener Kooperationsformen und der individuellen Erwerbstätigkeit. Diesbezüglich sind bei uns Be-

schlüsse gefaßt worden. Doch man muß sagen, daß ihre praktische Realisierung keine eindeutige Reaktion hervorgerufen hat. Oft geht es nicht darum, wie die neuen Möglichkeiten schneller und besser zu nutzen seien, sondern inwiefern diese Formen der ökonomischen Tätigkeit in der jetzigen Etappe des Sozialismus berechtigt seien.

Manche erblickten im Genossenschaftswesen und in der individuellen Erwerbstätigkeit fast so etwas wie eine Wiederbelebung der privatwirtschaftlichen Praxis. Ich denke, Genossen, daß sowohl unsere eigenen Erfahrungen als auch die Erfahrungen anderer sozialistischer Länder die Notwendigkeit und die Inanspruchnahme solcher ökonomischen Formen im Rahmen des Sozialismus beweisen. Sie helfen, die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Menschen besser zu decken und die „Schattenseiten“ der Ökonomik und verschiedenartiger Mißbräuche zu überwinden, d. h. sie tragen zur Gesundung der sozialökonomischen Beziehungen bei.

Ein ernsthaftes Umdenken verdient auch die Problematik der Wechselbeziehung der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft und der Selbständigkeit ihrer einzelnen Struktureinheiten, der Planmäßigkeit und der Ware-Geld-Beziehungen. Wir gehen von ihrer dialektischen Einheit und ihrer gegenseitigen Wechselwirkung im einheitlichen System der ökonomischen Leitung aus.

Im neuen Wirtschaftsmechanismus wird diese Aufgabe unter anderem mit Hilfe ökonomischer Normative gelöst. Der Übergang zu normativen Methoden ermöglicht es, die dem Sozialismus eigenen objektiven Voraussetzungen für die Einheit der Interessen der Gesellschaft, des Kollektivs und des einzelnen Werktätigen möglichst vollständig zu realisieren.

Die Ware-Geld-Beziehungen sind in Übereinstimmung mit der wissenschaftlichen Auffassung des Sozialismus ein organischer Bestandteil seines ökonomischen Systems. Ihre geschickte Nutzung mittels der Preise, der Finanz- und Kredithebel, die planmäßige Beherrschung und Leitung des Marktes unter Berücksichtigung seiner Gesetze sowie die Festigung und Hebung der Autorität des Rubels tragen zur Schaffung eines effektiven kostensenkenden Mechanismus und zur tatsächlichen Festigung des Sozialismus bei.

Die Nutzung der Ware-Geld-Beziehungen im System der Leitung in ihrer Verbundenheit mit den Vorteilen der Volkswirtschaftsplanung ist natürlich eine schwierigere Aufgabe als die Erteilung von Kommandos und Direktiven. Doch unsere Wirtschaftskader müssen sie lösen.

Eine der zentralen Stellen nimmt vom Standpunkt der Aktivierung der Triebkräfte des Sozialismus auch das Problem des ökonomischen Wettbewerbs, das Prinzip des Wettbewerbs ein.

Wir gehen davon aus, daß es notwendig ist, das reale Wettstreit zwischen den Betrieben und Organisationen, darunter auch zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben, um eine bessere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Volkswirtschaft zu verstärken. Die Sieger in diesem Wettbewerb müssen davon einen spürbaren ökonomischen Gewinn bekommen. Das stimmt mit den Prinzipien des Sozialismus überein und ist auch vom allgemeinen menschlichen Standpunkt aus einleuchtend.

Vielleicht soll man auch extra die Notwendigkeit betonen, die Wettbewerbsprinzipien weitgehend auch im wissenschaftlich-technischen Bereich einzuführen. Die Sache ist die, daß man früher nicht selten die Meinung äußerte, daß die Existenz von parallelen Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionsorganisationen zur Zersplitterung der Kräfte, zur Doppelarbeit und nicht rationalen Aufwendungen führte. Doch die Praxis hat bewiesen, daß die Monopolstellung einzelner Organisationen den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ernsthaft hemmt und der Gesellschaft noch viel größere Verluste bringt.

Ausgangspunkt der Umgestaltung der Leitung

Genossen! Die radikalen Umgestaltungen des Wirtschaftsmechanismus beginnen wir mit dem Hauptelement der Wirtschaft — den Betrieben und Vereinigungen, wobei wir in erster Linie im Auge haben, ein möglichst günstiges wirtschaftliches Milieu zu schaffen, Rechte und zugleich die Erhöhung der Verantwortung zu verankern und auf dieser Grundlage radikale Veränderungen in die Tätigkeit aller übergeordneten Einheiten der Wirtschaftsleitung hineinzubringen.

Eine solche Reihenfolge der Umgestaltung festlegend, stützen wir uns darauf, daß gerade hier sich die wichtigsten Wirtschaftsprozesse entfalten, hier durch die Arbeit der Menschen die dem Volk notwendigen Erzeugnisse und Dienste geschaffen werden, sich die wissenschaftlich-technischen Ideen materialisieren. Gerade im Arbeitskollektiv gestalten sich real die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen und verflechten sich die Interessen der Menschen — die persönlichen, kollektiven und gesellschaftlichen. Im Grunde genommen wird das sozialpolitische Klima in unserer Gesellschaft vielfach durch die in den Arbeitskollektiven entstandene Atmosphäre bestimmt.

Worin besteht der Hauptmangel des heutigen Mechanismus der Wirtschaftsleitung des Betriebs? Vor allem in der Schwäche seiner inneren Stimuli für die Selbstentwicklung. In der Tat, der Betrieb bekommt Aufgaben und Ressourcen über ein System direkтивischer Kennziffern zugeleitet. Praktisch

Damit will ich durchaus nicht sagen, daß wir in allen Bereichen Doppelstrukturen schaffen müssen. Doch für die Lösung einer Reihe wichtiger wissenschaftlich-technischer Probleme ist die Schaffung verschiedener Forschungskollektive, darunter auch nicht nur ständiger, sondern auch zeitweilig gebildeter, eine richtige, nützliche Sache. Dieses Herangehen begrüßen die ingenieur-technischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter, und es hat bereits zu gewissen positiven Ergebnissen geführt.

Mit einem Wort, wir müssen ausgehend von den Bedürfnissen der Entwicklung der Sowjetgesellschaft in der gegenwärtigen Etappe, unsere Vorstellungen von den ökonomischen Formen des Sozialismus erneuern, um der radikalen Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus einen breiten Weg zu bahnen.

Genossen! Ihnen ist der vom Politbüro und der Regierung vorbereitete Entwurf der „Hauptbestimmungen der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung“ vorgelegt worden.

Die in diesem Dokument unterbreitete Konzeption der Leitung hat zum Ziel, das Wirtschaftswachstum, von den Zwischenergebnissen auf sozial bedeutsame Endergebnisse, auf die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und auf die allseitige Entwicklung des Menschen umzuorientieren, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in den Hauptfaktor des Wirtschaftswachstums zu verwandeln und einen wirksamen Mechanismus der Aufwandsenkung zu schaffen.

Um das alles zu erreichen, gilt es, von den größtenteils administrativen zu vorzugsweise ökonomischen Methoden der Leitung auf allen Ebenen sowie zur weitgehenden Demokratisierung der Leitung und zur größtmöglichen Aktivierung des Faktors Mensch überzugehen. Solch ein Vorgehen umfaßt:

erstens, eine drastische Erweiterung der Selbständigkeit der Vereinigungen und Betriebe, ihre Umstellung auf vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung, Erhöhung der Verantwortung für Spitzenergebnisse und für Erfüllung ihrer Verpflichtungen vor den Konsumenten, die Herstellung einer direkten Abhängigkeit der Ertragslage des Kollektivs von der Effektivität seiner Arbeit sowie die weitgehende Entwicklung der Kollektivleistungsvertragsmethode unter den Arbeitsverhältnissen;

zweitens, eine grundlegende Umgestaltung der zentralisierten Wirtschaftsleitung, Hebung ihres qualitativen Niveaus, Konzentrierung auf die Hauptprozesse, die die Strategie bestimmen, auf Qualität, Tempo und Entwicklungsproportionen der Volkswirtschaft im ganzen, deren Bilanziertheit und zugleich die entschiedene Befreiung der Zentrale von der Einmischung in die Operativtätigkeit untergeordneter Wirtschaftseinheiten;

drittens, eine kardinale Reform der Planung und Preisbildung, des Finanz- und Kreditmechanismus, den Übergang zum Großhandel mit Produktionsmitteln und die Umgestaltung der Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der außerwirtschaftlichen Beziehungen, der Arbeit und der sozialen Prozesse;

viertens, die Schaffung neuer Organisationsstrukturen, die die Vertiefung der Spezialisierung und Erhöhung der Sicherheit der Kooperationsbeziehungen sowie die unmittelbare Eingliederung der Wissenschaft in die Produktion und auf dieser Grundlage die Erlangung des Weltweitstandes bei der Qualität;

fünftens, den Übergang vom übermäßig zentralisierten Kommandosystem der Leitung zum demokratischen, der sich auf die Aktivität der Werktätigen und die Selbständigkeit der Betriebe stützt, d. h. eines wahren demokratischen Zentralismus wie Lenin ihn verstand, der unvergleichlich wirksamer ist als der Zentralismus, der sich in den Versuchen rein alles zu regulieren, verheddert hat.

Nun vor allem über die volkswirtschaftliche Planung. Worin besteht unter den neuen Bedingungen die „Philosophie“ des gesamten staatlichen Plans? Er muß die Hauptrichtungen und Ziele der sozialökonomischen Entwicklung des Landes, die Richtungen der Struktur- und der Investitionspolitik, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie die Aufgaben der Akkumulation des wissenschaftlichen, des Bildung- und des Kulturpotentials sowie der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit bestimmen.

Unter den neuen Bedingungen wird beabsichtigt, die Rolle des „tonangebenden“ Teils der Planung, in erster Linie der Konzeptionen der perspektivischen sozialökonomischen Entwicklung unseres Landes für die nächsten 15 Jahre zu heben. Er muß alle Großprogramme in sich aufnehmen, sie gegenseitig abstimmen und Wege zur Erreichung der strategischen Ziele festlegen. Zur Hauptform der gesamtsstaatlichen Planung muß in der Tat der Fünfjahresplan mit einer Verteilung seiner Aufgaben nach den Jahren des Fünfjahresplans werden.

Um die Planproportionen und die Bilanziertheit der Ökonomik zu gewährleisten, ist vorgesehen, den Ministern und anderen zentralen Staatsorganen sowie den Unionsrepublikanischen Ausgansdaten für die Planung vorzugeben. Was die Betriebe betrifft, so wird der Einfluß auf sie vor allem durch die ökonomischen Normative und Stimuli erfolgen. Letztere haben zur Aufgabe, die Tätigkeit der Vereinigungen und Betriebe unter solche Bedingungen zu stellen, bei denen es für sie einträglich wäre, unter Orientierung auf die staatlichen

stigsten Forderungen heranzugehen, die wir an den neuen Wirtschaftsmechanismus stellen.

Das Wichtigste, was wir durch die Einführung des neuen Wirtschaftsmechanismus erreichen müssen, ist, den Betrieben weitgehende Rechte zu gewähren und deren wirkliche wirtschaftliche Selbständigkeit aufgrund der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung abzusichern.

Es muß in der Tat das wirklichkeit werden, was bereits als notwendig anerkannt wurde, und zwar: Der Betrieb wird, ausgehend von den realen gesellschaftlichen Bedürfnissen selbst seinen Plan der Produktion und des Absatzes der Erzeugnisse aufstellen. Seine Grundlage darf nicht die Vielzahl der von den höherstehenden Organen direkt festgelegten detaillierten Planaufgaben sein, sondern der Direktivbefehl der staatlichen Organisationen, mit wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeiten der Betriebe und Handelsorganisationen für konkrete Erzeugnisse entsprechender Qualität und Quantität.

Die Betriebe müssen unter solchen Bedingungen gestellt werden, unter denen sich zwischen ihnen ein wirtschaftlicher Wettbewerb um die beste Deckung der Konsumentenbedürfnisse entfaltet. Dabei werden die Staatsinteressen durch ein System staatlicher Aufträge garantiert. Diese müssen jedoch vorrangig günstige ökonomische Bedingungen haben, eine gegenseitige Verantwortung der Seiten vorzusehen und in der Regel auf weltbewerberliche Grundlage untergebracht werden.

Im Zusammenhang mit der Veränderung der Verfahrensweisen bei der Planung erhebt sich die Frage nach dem Wesen und der Bestimmung der staatlichen Aufgaben. Sie müssen für die Betriebe in der wirtschaftlichen Situation orientierend wirken. Deshalb müssen sie den gesellschaftlichen Bedarf an den vorliegenden Erzeugnissen des Betriebs sowie das Mindestniveau der Effektivität und die sozialen Aufgaben widerspiegeln, d. h. den Betrieb gleichsam auf das erforderliche Entwicklungsniveau bringen. Die staatlichen Aufgaben dürfen keinen Direktivcharakter tragen und das Arbeitskollektiv bei der Ausarbeitung seines Planes nicht bilden, sondern ihm einen breiten Spielraum für die Wahl von Entscheidungen und Partnern beim Abschluß von Wirtschaftsverträgen gewähren. Die Erfüllung der Aufträge und Verträge muß das Hauptkriterium bei der Bewertung der Tätigkeit des Betriebs und der materiellen Stimulierung des Kollektivs sein.

Eine prinzipiell wichtige Forderung ist die Umstellung der Betriebe und Vereinigungen auf Selbstfinanzierung und Eigenwirtschaftlichkeit. Das bedeutet, daß aus den von ihnen erarbeiteten Mitteln alle laufenden Aufwendungen, einschließlich des Arbeitslohns zu decken sind sowie die Investitionen für Produktionserweiterung, Rekonstruktion und für soziale Entwicklung der Arbeitskollektive zu bestreiten sind. Die Finanzierung aus dem Haushalt wird lediglich bei der Lösung größerer und wichtiger staatlicher Aufgaben beibehalten. Gleich-

zeitig werden den Betrieben breite Möglichkeiten für verantwortliche Inanspruchnahme von Bankkrediten gegeben. Auf diese Weise wird das Arbeitskollektiv volle wirtschaftliche Verantwortung für die Ergebnisse seiner Tätigkeit tragen.

Die wichtigste Rolle im neuen Mechanismus der Wirtschaftsleitung kommt den stabilen langfristigen Normativen zu. Das sind Abführungen an den Staatshaushalt für Produktionsfonds, Boden, Wasser, andere Natur- und Arbeitskräftressourcen bzw. Kreditzinsen. Das sind Normative für die Lohnfondsbildung und für die Befriedigung der sozialen und kulturellen Belange. Als eine Art Wirtschaftsnormative fungieren die Preise für produzierte Erzeugnisse und die Dienstleistungsstarke. Über die Normative wird mittels ökonomischer Methoden die Verbindung der Interessen des Kollektivs mit den Interessen des ganzen Volkes gewährleistet.

Der neue Wirtschaftsmechanismus sieht eine radikale Veränderung des Systems der materialtechnischen Versorgung der Betriebe voraus — den Übergang von der zentralen materialtechnischen Versorgung zum Großhandel mit Produktionsmitteln. Den Betrieben muß die Möglichkeit gewährt werden, sich für die erarbeiteten Gelder alles anzuschaffen, was für den Produktionsausstoß, für den Bau, die Rekonstruktion und die Lösung sozialer Fragen erforderlich ist.

Zu einem machtvollen Stimulus für die Bekundung von Initiative und Selbständigkeit der Werktätigen wird der Übergang der Arbeitskollektive zur Selbstverwaltung, bei der sie alle Fragen der innerbetrieblichen Organisation der Produktion bis auf die Wahl der Leiter, selbständig lösen.

So schwebt uns der neue Mechanismus der Wirtschaftsleitung in Betrieben und Vereinigungen in seinen Hauptzügen vor. Beim Übergang zu diesem Mechanismus kann selbstverständlich eine Reihe ungewöhnlicher Fragen auftauchen. Einige davon sind bereits bei der volksumfassenden Erörterung des Gesetzentwurfes über den staatlichen Betrieb aufgeworfen worden.

Eine dieser Fragen ist — wie soll man die Betriebe behandeln, die sich wegen der schlechten Wirtschaftsleitung als unfähig erweisen, die Zahlungen an den Staat und eine normale Einkommenslage des Arbeitskollektivs zu gewährleisten? Wahrscheinlich können hier verschiedene Formen der Hilfe genutzt werden: seitens des Zweiges oder der Bank. Wenn sich auch nach den eingeleiteten Maßnahmen an der Sache nichts ändert, so kann, ausgehend von den vorrangigen Interessen der Gesellschaft, die Frage der Reorganisation oder der Einstellung der Tätigkeit des Betriebs zur Diskussion gestellt werden. Das ist natürlich die äußerste Maßnahme. Selbstverständlich hat der Staat für die Versorgung der Werktätigen mit Arbeit zu sorgen.

Es kommt auch eine andere Frage auf: Wird denn die Erweiterung der Selbständigkeit der Betriebe und der Verzicht auf das umfassende System der Direktiv-

kennziffern nicht etwa zur Abschwächung der Planungsgrundsätze, zur Verschlechterung der Bilanz der Volkswirtschaft führen?

Diese Besorgnis ist, wie uns scheint, unbegründet. Zu glauben, daß sich alles von der Zentrale aus im Rahmen solcher mächtigen Ökonomik wie unsere voraussehen läßt, bedeutet, sich Illusionen hinzugeben. Die Tätigkeit des Staatlichen Plankomitees und anderer wirtschaftlicher Ämter zur Bilanzierung der Volkswirtschaft wird durch ökonomische Interessen und die ökonomische Verantwortung der Betriebe, durch die Steigerung der Rolle der Wirtschaftsverträge zwischen ihnen untermauert werden. Unter diesen Verhältnissen soll die Erzielung einer Bilanzierung zu einem realeren Anliegen werden.

Die Hauptzüge des neuen Wirtschaftsmechanismus sind im Gesetzentwurf über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung) umrissen. Die allgemeine Meinung der Produktionsarbeiter, Wissenschaftler, Vertreter von Zentralorganen, der Partei- und Staatsfunktionäre und unserer Öffentlichkeit ist die: Im großen und ganzen ist das ein gutes Dokument, das den heutigen Belangen und den neuen Aufgaben entspricht. Das ist eine gute Grundlage für den Übergang zum neuen Mechanismus.

Im Laufe seiner volksumfassenden Erörterung wurde konsequent die Forderung geäußert, nämlich unter dem Druck von Trägheitsgewohnheiten und -auffassungen nicht nachzugeben und unbeirrt vorwärtszuschreiten; es nicht zuzulassen, wie es vorher häufig vorkam, daß das neue Gesetz, durch zahlreiche Vorschriften „umzäumt“ wird, die es seines Inhalts berauben und die Umgestaltung bremsen können.

Im Prinzip hat bei uns der Übergang zu neuen Methoden der Wirtschaftsleitung schon begonnen. Ich meine darunter, daß die Betriebe und Vereinigungen vieler Zweige ab diesem Jahr die Arbeit auf der Grundlage der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung aufgenommen haben. Fünf bis sechs Monate sind natürlich eine viel zu knappe Zeitspanne, um die starken Seiten wie auch die Mängel des neuen Wirtschaftsmechanismus in vollem Maße aufzuzeigen, um so mehr als auch eine gewisse Spezifik vorliegt, in der diese Überführung erfolgt.

Die Tätigkeit dieser Betriebe wird stark durch Nebenfaktoren und in erster Linie durch ihre gewisse „Insellage“ beeinflusst. Dies bezieht sich sowohl auf die Kontakte der Betriebe mit den Lieferanten und Konsumenten, die nach den alten Prinzipien arbeiten, als auch auf die Leitung seitens der Ministerien und der zentralen Wirtschaftsorgane, deren Leitungstätigkeit ebenfalls noch aufgrund alter Bestimmungen erfolgt. Die Überführung der Betriebe zur Arbeit nach den Prinzipien voller wirtschaftlicher Rechnungsführung und Eigenfinanzierung begann, als der Fünfjahresplan bereits in Kraft getreten war. Daher mußten viele Normative ihm angepaßt werden. Und dennoch, Genossen, darf uns dies unsere Arbeit bei der Einführung der neuen Prinzipien der Wirtschaftsleitung nicht lahmlegen.

Reorganisation der Funktionen der zentralen Wirtschaftsleitung

Genossen! Unter den Bedingungen der vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Selbstverwaltung der Hauptbereiche unserer Volkswirtschaft muß auch die zentrale Wirtschaftsleitung eine qualitative Erneuerung erfahren.

Dabei geht es im Grunde genommen um die Ausarbeitung einer neuen Konzeption des Zentralismus, der sich auf die Aktivität der Werktätigen und die Selbständigkeit der Betriebe stützt, d. h. eines wahren demokratischen Zentralismus wie Lenin ihn verstand, der unvergleichlich wirksamer ist als der Zentralismus, der sich in den Versuchen rein alles zu regulieren, verheddert hat.

Nun vor allem über die volkswirtschaftliche Planung. Worin besteht unter den neuen Bedingungen die „Philosophie“ des gesamten staatlichen Plans? Er muß die Hauptrichtungen und Ziele der sozialökonomischen Entwicklung des Landes, die Richtungen der Struktur- und der Investitionspolitik, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie die Aufgaben der Akkumulation des wissenschaftlichen, des Bildung- und des Kulturpotentials sowie der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit bestimmen.

Unter den neuen Bedingungen wird beabsichtigt, die Rolle des „tonangebenden“ Teils der Planung, in erster Linie der Konzeptionen der perspektivischen sozialökonomischen Entwicklung unseres Landes für die nächsten 15 Jahre zu heben. Er muß alle Großprogramme in sich aufnehmen, sie gegenseitig abstimmen und Wege zur Erreichung der strategischen Ziele festlegen. Zur Hauptform der gesamtsstaatlichen Planung muß in der Tat der Fünfjahresplan mit einer Verteilung seiner Aufgaben nach den Jahren des Fünfjahresplans werden.

Um die Planproportionen und die Bilanziertheit der Ökonomik zu gewährleisten, ist vorgesehen, den Ministern und anderen zentralen Staatsorganen sowie den Unionsrepublikanischen Ausgansdaten für die Planung vorzugeben. Was die Betriebe betrifft, so wird der Einfluß auf sie vor allem durch die ökonomischen Normative und Stimuli erfolgen. Letztere haben zur Aufgabe, die Tätigkeit der Vereinigungen und Betriebe unter solche Bedingungen zu stellen, bei denen es für sie einträglich wäre, unter Orientierung auf die staatlichen

Aufgaben nach Wegen zu einer besseren Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu suchen.

Hier muß man auch auf eine Frage eingehen, die viele bewegt. Es wird die Besorgnis darüber geäußert, daß der Verzicht auf die direkte Festlegung der Volumenkennziffern für Betriebe und Vereinigungen unter den Bedingungen der durchgehenden Rechnungsführung zur zeitweiligen Senkung des Wachstumstempos der Produktion in einzelnen Zweigen, Regionen und sogar im Landesmaßstab führen könnte.

Was läßt sich dazu sagen, Genossen? Wenn es sich darum handelt, daß die hohen Zuwachsraten durch Aufstockung der Produktionsmenge, Doppelerfassung und ohne reale Steigerung der Endresultate erreicht werden sollen, so wird die Gesellschaft dadurch nicht nur nichts gewinnen, sondern sie wird obendrein noch verlieren.

Wir aber rechnen alle damit, daß der Übergang zur wirtschaftlichen Rechnungsführung und zu neuen Wirtschaftsmethoden sowie die Einführung des Kollektivleistungsvertrags bzw. anderer fortschrittlicher Formen der Arbeitsorganisation und -stimulierung dazu beitragen werden, den Arbeitselan des Volkes zu steigern, die brachliegenden Ressourcen produktionswirksam zu machen, die Effektivität zu erhöhen und dadurch noch größere reale Zuwachsraten bei guter Erzeugnisqualität zu erringen.

Gerade solch eine Umgestaltung ist natürlich. Mehr noch, sie ist durchaus notwendig, um eine neue Qualität des Wirtschaftswachstums zu sichern. Eine derartige Umgestaltung wird für die Volkswirtschaft des Landes und deren Entwicklungsperspektiven, die nach den Endergebnissen und dem Grad der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse bewertet werden, zweifellos eine positive Rolle spielen, wieweil sie auch den Kennziffern der nicht effektiv arbeitenden Betriebe Abbruch tun wird.

Eine grundsätzliche Reform der Preisbildung ist der wichtigste integrierende Teil der Umgestaltung der Wirtschaftsleitung. Anders könnte es dann keinen vollständigen Übergang zum neuen Mechanismus geben.

Der Preis muß bei der Verbesserung der Ressourcennutzung, der Kostensenkung, der Steigerung der Erzeugnisqualität, der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie bei der Ra-

tionalisierung sämtlichen Systems der Verteilung und der Konsumtion eine wichtige stimulierende Rolle spielen. Hierbei müssen neue politische und ökonomische Methoden angewandt werden, die der gegenwärtigen Entwicklungsetappe entsprechen.

Längere Zeit war das bestehende Preissystem auf die Billigkeit der Naturressourcen orientiert. Die heute geltenden Kohle-, Erdöl-, Gas- und Energiepreise sind nicht in der Lage, die Bedingungen für Selbstfinanzierung des Brennstoff- und Energiekomplexes zu gewährleisten. Sie erwecken nur nach wie vor die Illusion von Billigkeit und Unverfügbarkeit der Naturressourcen, orientieren auf die weitere Vergrößerung deren Gewinnung, Konsumtion und Ausfuhr.

Die in ökonomischer Hinsicht nicht gerechtfertigten Methoden der Preisbildung bewirkten eine rasche Zunahme der Zuschüsse für die Produktion und die Realisierung der verschiedensten Erzeugnisse sowie für die Erweisung verschiedener Dienste. Die Zuschüsse aus dem Staatshaushalt belaufen sich heute auf insgesamt 73 Milliarden Rubel im Jahr. Andererseits zeigt sich bei zahlreichen Erzeugnissen ein ungerechtfertigt hohes Rentabilitätsniveau, das keineswegs die Produktionseffektivität widerspiegelt. Und dies ist ebenfalls auf die Deformationen bei der Preisbildung zurückzuführen.

Derjenige, bei dem die Erzeugnisse ungerechtfertigt niedrig sind, hat keine Stimuli für die Vergrößerung des Produktionsausstoßes, wer aber auf Grund der erhöhten Preise einen Mehrgewinn verbucht, dem fehlen die Stimuli zur Kostensenkung und Steigerung der Effektivität. Unter solchen Verhältnissen sind normale Wirtschaftsbeziehungen in der Volkswirtschaft einfach nicht möglich.

Deshalb stehen wir heute vor der Notwendigkeit, das Preissystem nicht etwa nur teilweise zu vervollkommen, sondern eine grundsätzliche Reform in der Preisbildung, das heißt eine koordinierte Neugestaltung der Großhandels-, Aufkaufs- sowie Einzelhandelspreise und Tarife, ja unserer sämtlichen „Preiswirtschaft“ zu verwirklichen.

Das gilt sowohl für das Niveau der Preise, als auch für die Ordnung ihrer Stiftung. Bei den wichtigsten Erzeugnissen müssen

(Fortsetzung S. 5)

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow

(Fortsetzung)

die Preise natürlich zentralisiert und gleichzeitig mit der Ausarbeitung des Staatsplans als dessen Teil festgelegt werden. Zugleich ist es aber zweckmäßig, im neuen Mechanismus den Nutzungsbereich der Vertragspreise zu vergrößern, was zur Erweiterung der Rechte und der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Betriebe beitragen wird.

Die Reform der Großhandelspreise soll die Situation in der Volkswirtschaft gesunden und bessere Bedingungen für den Kampf um Produktionseffektivität, Materialökonomie und Erzeugnisqualität schaffen helfen. Was die Einzelhandelspreise anbelangt, so soll deren Abänderung nicht zur Verschlechterung des Lebensstandards führen; im Gegenteil, sie soll bei bestimmten Kategorien von Wertgütern deren Erhöhung sowie die volle Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit bewirken.

Eins dürfte klar sein: Auf Grund der Wichtigkeit und Komplexität der Reform der Preisbildung muß man sich zu deren Vorbereitung höchst verantwortungsvoll verhalten. Es steht bevor, in kurzer Zeit eine immense Arbeit zu leisten, und dazu müssen die nötigen Kräfte herangezogen werden. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß es unmöglich sein wird, den Fünfjahresplan auf neue Art zu gestalten und zu einem in sich geschlossenen System der Wirtschaftsleitung überzugehen, wenn diese Frage ungelöst bleibt.

Angesichts ihrer politischen und sozialen Tragweite muß die Reform der Preisbildung Gegenstand einer umfassenden Diskussion in unserem Lande werden.

Eng verbunden mit der Reform der Preisbildung ist die Umgestaltung des Systems der Materialversorgung der Volkswirtschaft. Zu ihrer Hauptrichtung gehört der entscheidende Übergang zum Großhandel mit Produktionsmitteln sowohl über die Direktverbindungen zwischen den Lieferanten und Konsumenten als auch über die Großhandelsniederlassungen mit wirtschaftlicher Rechnungsführung. In diesem Falle würde den staatlichen Organen schließlich nur noch die Regelung des Großhandels und dessen Kontrolle obliegen.

Die Frage des Übergangs zum Großhandel mit Produktionsmitteln ist nicht neu, doch konnten dabei lediglich in jüngster Zeit die ersten realen Schritte getan werden. Wir müssen diese Arbeit beschleunigen und ausweiten, damit sie bereits in den nächsten Jahren abgeschlossen werden kann.

Die Notwendigkeit des Großhandels mit Produktionsmitteln, und vor allem der Übergang der Betriebe und Vereinigungen zur Arbeitsweise mit wirtschaftlicher Rechnungsführung, werden von einer Vielzahl gewichtiger Gründe diktiert. Ich möchte hier einen weiteren Grund zur Sprache bringen, nämlich die Notwendigkeit, die Vorräte an Waren und anderen materiellen Beständen zu rationalisieren. Diese Vorräte betragen in den Hauptzeiträumen bereits über 300 Milliarden Rubel. Dadurch geht ein beträchtlicher Teil des Nationalreichtums zugrunde.

Eine derartige Situation erklärt sich vielfach dadurch, daß die Materialversorgung sehr schwerfällig, wenig operativ und unzuverlässig ist, was in den Betrieben das Bestreben aufkommen läßt, Ressourcen auf Vorrat anzulegen.

Sehen Sie bitte, nur, wie es um Metall bestellt ist. Nach wie vor beklagt man sich über dessen Mangel. Zugleich aber sind die Metallvorräte im Wachsen begriffen. In den letzten sechs Jahren vergrößerten sich die Vorräte an Eisenwalzwerk bei den Konsumenten um 2 Millionen Tonnen und bezifferten sich zu Beginn dieses Jahres auf insgesamt 9,3 Millionen Tonnen. Nun läßt uns mal überlegen: Mangel es uns an Metall oder können wir mit ihm einfach nicht haushalten? Allerdings ist es nicht leicht, diese Vorräte an Walzwerk zu mobilisieren, denn sie befinden sich ja nicht in den Betrieben. Sie werden staunen, aber ich muß sagen, daß auf die Einrichtungen des staatlichen Komitees für Materialversorgung ganze 1,5 Prozent sämtlicher Waren und anderer materieller Bestände entfallen; die übrigen sind in den Betrieben verteilt.

Während der Beratung im ZK der KPdSU stellte sich uns auch diese Frage: Ist es etwa möglich, den Großhandel einzuführen, wenn ein Mangel an Ressourcen besteht? Dieses Argument wird stets ins Feld geführt, wenn die Termine für den Übergang zum Großhandel diskutiert werden. Die Beratungsdelegierten sprachen überzeugend darüber, daß gerade das bestehende System der Übergabe materieller Fonds und der Versorgung diesen Mangel entstehen läßt. Und dies wurde denn auch anhand von konkreten Beweisen belegt. Von entscheidender Bedeutung soll hier der Übergang der Betriebe zur Arbeitsweise nach den Prinzipien der durchgehenden wirtschaftlichen Rechnungsführung sein. Und je schneller wir zu direkten Kontakten und zum Großhandel übergehen werden, um so schneller werden wir uns vom Mangel wie auch von den überschüssigen Vorräten an materiellen Werten befreien.

Und es sind dies keine Überlegungen im Bürostil. Hier eine konkrete Tatsache. Selbst zu Beginn des Übergangs der Kolchose und Sowchose zur Arbeitsweise mit wirtschaftlicher Rechnungsführung geht die Zahl ihrer Aufträge für Landmaschinen und andere Ressourcen jetzt merklich zurück. So hat man beispielsweise für das nächste Jahr nahezu um 30 Prozent weniger Mähdescher bestellt. Auch bei einigen Traktortypen und anderen Landmaschinen, vor allem aber bei veralteten und leistungsschwachen, schrumpft die Zahl der Bestellungen zusammen.

Sowelt die reale Situation. Dabei kommt es heraus, daß das heutige Defizit sich morgen in Form von Überproduktion niederschlagen kann.

Es gilt, bedeutsame Aufgaben im Bereich der Finanzen, des Kredits und des Geldumlaufs zu lösen. Ohne dies kann ebenfalls kein neuer ökonomischer Mechanismus geschaffen werden. Zur Zeit besteht der Hauptmangel dieses Bereichs darin, daß der Umlauf der finanziellen und der Kreditressourcen wie auch der Geldmittel losgerissen von der Bewegung der materiellen Werte erfolgt, sowie in der Übersättigung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln. Der heutige Rubel wird nicht in vollem Maße seiner Rolle als aktives Mittel der finanziellen Kontrolle der Ökonomie gerecht.

Das Finanzsystem des Landes ist offensichtlich veraltet. Es stimuliert nicht mehr die Steigerung der Effektivität der Wirtschaftsführung und verfolgt oft nur augenblickliche, fiskalische Ziele. Auch der Kredit hat seine Rolle vielfach eingebüßt. Die Grenzen, die ihn von der unentgeltlichen Finanzierung trennen, sind unterhöhlt.

Dies alles läßt erkennen, daß wir eine grundsätzliche Reform des Finanz- und Kreditsystems nicht vermissen können. Sie muß darauf gerichtet sein, das Verhältnis Haushalt — Betrieb auf eine normative Grundlage umzustellen, sämtlichen Möglichkeiten des Kassierens von Einkünften vor der Realisierung der Waren einen Riegel vorzuschieben und die Volkswirtschaft in finanzieller Hinsicht allseitig zu gesunden.

Genossen! In der Welt von heute kann sich kein einziger Staat im Hinblick auf seine Wirtschaft isoliert von anderen Staaten betrachten. Auch unser Land bildet in diesem Sinne keine Ausnahme. Die sowjetische Ökonomie ist ein Teil der gesamten Weltwirtschaft. Die

gegenseitigen internationalen Handels-, Währungs- und Finanzbeziehungen zwischen den Ländern sowie die jüngsten wissenschaftlich-technischen Umgestaltungen wirken sich unvermeidlich auf die Sachlage in der eigenen Wirtschaft aus.

Die zur Vervollkommnung der Leitung der außenwirtschaftlichen Beziehungen eingeleiteten Maßnahmen zielen unter anderem darauf, die Mitwirkung der UdSSR an der internationalen Arbeitsteilung zu vertiefen, was zu einem zunehmend wichtigen Faktor der Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft wird.

Anderserseits würde die erfolgreiche Realisierung der Umgestaltungslinien in unserem Lande und die Modernisierung unserer Wirtschaft sowohl unseren Verbündeten als auch all denen zugute kommen, die an einer Zusammenarbeit mit unserem Land unter neuen und noch günstigeren Bedingungen interessiert sind. Anders gesprochen, wird die Umgestaltung der sowjetischen Ökonomie unter Berücksichtigung des erheblichen Anteils der Sowjetunion an der Weltwirtschaft zur Entfaltung einer umfassenden internationalen Zusammenarbeit und somit auch zur Gesundung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse beitragen.

Vor kurzem wurden wichtige und weitreichende Entscheidungen auf dem Gebiet der außenwirtschaftlichen Politik sowie des Mechanismus für ihre Verwirklichung getroffen. Die Umgestaltung der Wirtschaftsleitung bietet breiten Raum für die Erhöhung der Effektivität unserer außenwirtschaftlichen Beziehungen, wie auch, und das ist besonders wichtig, für die Verstärkung der Einflußnahme des Außenmarktes auf die Arbeit der Zweige und Betriebe, auf deren Ergebnisse und auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Von prinzipieller Bedeutung ist

in diesem Zusammenhang die Steigerung des Effekts der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus hat zur Aufgabe, günstige ökonomische, organisatorische und rechtliche Bedingungen für eine tiefgehende Integration unserer Volkswirtschaft mit der Volkswirtschaft in den Bruderländern zu schaffen.

Umfassende Möglichkeiten bieten sich dafür durch die Gewährleistung des Rechtes, direkte Kooperationsbeziehungen mit Partnern aus sozialistischen Ländern einzugehen. Wie die jüngste Erörterung dieser Frage im Politbüro gezeigt hat, werden diese Möglichkeiten in der Praxis einsteilen äußerst unzureichend genutzt. Eine der Ursachen dafür ist offenbar das Fehlen der auf wissenschaftlicher Rechnungsführung beruhender Interessiertheit der Arbeitskollektive daran. Es ist vollkommen klar: Der Erfolg bei der Umgestaltung in unserem Lande wird vielfach die Steigerung der Effektivität der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den Bruderländern vorausbestimmen. Das Politbüro, das Sekretariat des ZK und der Ministerrat müssen die Entwicklung des wirtschaftlichen Zusammenwirkens stets im Auge behalten.

Wir müssen die Erfahrungen unserer Freunde aufmerksam und tiefergehend studieren und alles übernehmen, was im Interesse der Volkswirtschaft der UdSSR angewandt werden kann.

Kurz und gut, Genossen, uns steht eine bedeutsame und großangelegte Umgestaltung der Tätigkeit bei der zentralisierten Verwaltung der Volkswirtschaft bevor. Diese Arbeit sowie die Umstellung der Betriebe auf wirtschaftliche Rechnungsführung bilden ein einheitliches Ganzes — die radikale Reform der Wirtschaftsleitung.

hand damit mache ich zwei Bemerkungen. Die erste bezieht sich auf den Schutz der Interessen des Sozialbereichs in den Großstädten. Genossen, in solchen Städten muß das Fortschreiten des Baus von Produktionsobjekten unter Beachtung der sozialen Entwicklung dieser Städte gestoppt werden.

Warum sollen wir es uns nicht überlegen und solch ein System einführen, bei dem der Bau von Produktionsobjekten von den Ministerien und Ämtern nur in dem Fall genehmigt wird, wenn sie zugleich den Territorialorganen Mittel zur Entwicklung des Sozialbereichs nach begründeten Normativen zur Verfügung stellen. Meines Erachtens würde solch ein Vorgehen zur Ordnung in der Entwicklung der Städte beitragen.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Rolle der Territorialorgane bei der Organisation der kollektiven und individuellen Erwerbstätigkeit. Jetzt sind diesbezüglich praktisch alle nötigen Beschlüsse auf Staatsebene vorhanden. Viele Wertgüter möchten sich zu Genossenschaften für die Lösung der jeweiligen Aufgaben vereinigen, die mit der Deckung des Bedarfs der Bevölkerung zusammenhängen. Nicht wenige möchten sich mit individueller Erwerbstätigkeit beschäftigen. Anscheinend ist alles da zur Entfaltung dieses wichtigen Prozesses. Dafür gibt es nur die eine Ursache — Initiative

losigkeit der örtlichen Organe. Unaufmerksamkeit zu dieser Frage, mitter der Widerwilligkeit, sich damit zu befassen, und allerlei bürokratische Hindernisse. Dabei ist das aber direkte Pflicht der örtlichen Organe, und dafür müssen sie Rede und Antwort stehen.

Welche Seite unserer Wirtschaft wir somit auch nehmen mögen, überall spürt man die Notwendigkeit, die Rolle der Territorialorgane, vor allem der Sowjets zu erhöhen. Hier kommt man anscheinend nicht ohne organisatorische Maßnahmen aus. Unseres Erachtens wäre es zweckmäßig, im Bestand der Vollzugskomitees der Gebiets- und Regionssowjets Produktions-Wirtschafts-Verwaltungen zur komplexen Ausarbeitung von Plänen der Entwicklung der Regionen und zur Koordinierung sämtlicher Wirtschaftstätigkeit auf dem gegebenen Territorium zu bilden.

Im allgemeinen, Genossen, brauchen wir ein Leitungssystem, daß den neuen Prinzipien der Wirtschaftsführung und dem Wesen der Wirtschaftsmethoden entspräche. Darin müssen der Kompetenzbereich und die Verantwortung der Leitungsglieder auf allen Ebenen sowie in allen Bereichen exakt abgegrenzt und möglichst gute Bedingungen für das Funktionieren des Hauptelements — der Betriebe und Organisationen — geschaffen werden.

Umgestaltung der Organisationsstrukturen und der Arbeit der Leitungsorgane

gen vermögen, anstelle der bestehenden 37 000 Industriebetriebe, die im Staatsplan begriffen sind, zu Objekten der unmittelbaren Leitung aus dem Zentrum gestalten. Darüber hinaus können sich Zehntausende mittlere und kleinere, darunter auch genossenschaftliche Betriebe, orientiert auf die Bedienung der Großvereiinigungen und den örtlichen Markt, in Republik- und Lokalunterstellung befinden.

Nicht weniger wichtig ist die Frage der Umgestaltung der Organisation der Zweigeleitung.

Worin soll sie bestehen? Es geht darum, daß die Verantwortungsbereiche der Ministerien einerseits sowie der Betriebe und Vereinigungen andererseits strikt auseinandergehalten werden müssen. Die Ministerien müssen in der Tat als wissenschaftlich-technische, ökonomische und Planungsstäbe der Zweige agieren, dem Staat für die Deckung des Bedarfs der Volkswirtschaft an den innerhalb des Zweiges produzierten Erzeugnissen sowie für den Aufstieg der Produktionstechnologie, der Qualität und des technischen Standes der Erzeugnisse zum Weltniveau rechenschaftspflichtig sein, sich energisch mit der Entwicklung und Vervollkommnung der Zweigstruktur, mit der Vertiefung der Spezialisierung und der Kooperation befassen sowie ökonomische Normative, Hebel und Stimuli für die behördlich unterstellten Betriebe erarbeiten.

Sie verfügen über die wissenschaftlich-technischen Haupteinrichtungen und die zentralisierten Mittelfonds, mit deren Hilfe nötigenfalls neue Betriebe geschaffen sowie die Arbeitskollektive bei umfassender Rekonstruktion und Erweiterung der Produktion unterstützt werden können. Die weitaußen Zweigministerien werden sich real in die außenwirtschaftliche Tätigkeit einschalten können. Eine verantwortungsvolle Aufgabe der Ministerien ist die Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung der Kader. Ihre Rolle wird hierbei unermesslich ansteigen.

Um die Betriebe von amtlicher Bevormundung seitens der Mitarbeiter der Ministerien zu befreien, müssen diese ihrer Funktion der operativen wirtschaftlichen Leitung entbunden werden. Zugleich gilt es, die jeweiligen Einheiten aufzubauen, die Mitgliederstärke in den Ministerien und in den für sie arbeitenden Einrichtungen herabzusetzen. In ihren neuen Funktionen brauchen die Ministerien weder eine umfangreiche Struktur noch einen ausgedehnten Personalbestand. Im Verlaufe der Realisierung der beschlossenen Maßnahmen kann die Frage der Vereinigung mancher Ministerien aufkommen.

Bekanntlich wurde bei uns die Gestaltung des Systems der Leitung volkswirtschaftlicher Komplexe und Gruppen der wechselseitig verbundenen Zweige in Angriff genommen. Geschaffen wurden das Staatliche Agrar-Industrie-Komitee, das Staatliche Komitee für Bauwesen, das Maschinenbaubüro und das Büro des Brennstoff- und Energiekomplexes, die Außenwirtschaftliche Kommission und das Büro für Sozialentwicklung, die bereits als ständige Organe des Ministerrats der UdSSR wirken.

Dieses System ist in seinem Werden begriffen. Noch ist kein Ausgangspunkt für die optimale Verteilung der Funktionen gefunden worden — zwischen den Organen für die Leitung der Komplexe einerseits und dem Staatlichen Plankomitee der UdSSR sowie den Ministerien andererseits.

Wir müssen konsequent Kurs auf die Umwandlung der ständigen Regierungsorgane in lebensfähige Einrichtungen steuern, die für die

Entwicklung ihrer Komplexe und die Lösung zweigübergreifender Probleme zuständig sind. Denn gerade an der Naht zwischen den Zweigen, so unsere Erfahrung, entstehen große volkswirtschaftliche Probleme. Ausgerechnet hier gibt es die meisten Unstimmigkeiten, auf die unsere empfindlichen Verluste zurückgehen. Zugleich aber verbergen sich daselbst auch große Reserven für die Verbesserung der Arbeit.

Die Verstärkung der ständigen Regierungsorgane wird es ermöglichen, mit ihnen den Kreis für die Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen zu schließen und die Leitung wirksamer und ergebnisreicher zu gestalten.

Mit den neuen Bedingungen stellen sich höhere Ansprüche an die Qualität der Arbeit der zentralen Wirtschaftskomitee, an das Staatliche Plankomitee, an das Finanzministerium, an das Staatliche Komitee für Preise, an das Staatliche Komitee für Materialversorgung, an das Staatliche Komitee für Wissenschaft und Technik, an das Staatliche Komitee für Arbeit und andere. Der Übergang zur Arbeitsweise mit vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung, die grundlegenden Veränderungen in der Tätigkeit der Ministerien, die Entwicklung des Systems der Leitung der Volkswirtschaftskomplexe bewirken eine grundsätzliche Abänderung der Funktion dieser Organe.

Was das Staatliche Plankomitee der UdSSR betrifft, so muß der Schwerpunkt in seiner Arbeit auf die Bestimmung der Entwicklungsrichtungen, die Realisierung der prinzipiellen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben und auf die Gewährleistung der Bilanziertheit auf volkswirtschaftlicher Ebene verlagert werden. Demgemäß muß auch die Struktur des Staatlichen Plankomitees als höchster wirtschaftswissenschaftlicher Stab des Landes von Grund auf verändert werden. Es kommt darauf an, daß all seiner Zweigseinheiten, die Sozialausrichtung, die wissenschaftlich-technischen und territorialen Dienste gründlich verstärkt werden. Natürlich muß man all das engstens mit den Funktionen der ständigen Organe des Ministerrats der UdSSR verbinden.

Es ist anscheinend auch die Frage herangereift, Genossen, die koordinierende Rolle des Staatlichen Plankomitees der UdSSR gegenüber der Tätigkeit anderer zentraler Wirtschaftsamter zu erhöhen.

Wir sprachen bereits darüber, daß das neue System nur in dem Fall effektiv sein wird, wenn es die mannigfaltigen Interessen unserer Gesellschaft zu vereinen und zu harmonisieren vermag, einschließlich der Interessen nicht nur der Betriebe und Zweige, sondern auch der Republiken, Regionen und Gebiete, der Städte und Rayons oder, wie man zu sagen pflegt, die territorialen Interessen.

Man darf es nicht außer acht lassen: Wenn wir bei der Arbeit zur Realisierung der radikalen Reform nicht die örtlichen Möglichkeiten und die Initiative nutzen, kann der Sache stark Abbruch getan werden.

Genossen, man tut gut daran sich zu erinnern, daß zahlreiche Ideen, auf deren Grundlage wir wichtige Experimente durchgeführt und eine moderne Konzeption der Leitung ausgearbeitet haben, dank der initiativen Arbeit der Organe an der Basis den Weg ins Leben bekommen haben.

Die Brigadevertragsmethode in der Agrar-, Bau- und Industrieproduktion, die neuen Formen der territorialen Wirtschaftsleitung, die zukunftsorientierten Initiativen im Eisenbahnverkehr, im Dienstleistungs- und im Handelsbereich, die Umstellung auf Selbstfinanz-

beitrag zum Endergebnis gestellt und durch keinerlei Grenzwerte eingeschränkt wird. Sie hat nur ein Kriterium der Gerechtigkeit — ob sie wirklich verdient oder nicht verdient ist.

Die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion und die Schaffung des entsprechenden Wirtschaftsmechanismus veranlaßt uns, auch das Problem der effektiven Beschäftigung in unserer Gesellschaft auf neue Art zu bewerten.

In den vorangegangenen Etappen wuchs unter den Bedingungen der hauptsächlich extensiven Produktionsentwicklung die Zahl der Arbeitsplätze. Das Hauptproblem war damals, neue Mitarbeiter zu finden. Jetzt hat sich die Situation von Grund auf verändert. Unter den Verhältnissen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind das Ausmaß der Freisetzung der Mitarbeiter beträchtlich zugenommen. Auch der neue Wirtschaftsmechanismus wird diesen Prozeß fördern. Zugleich wird der Bedarf an Arbeitsressourcen im Bereich der Dienstleistungen, der Kultur, der Bildung, des Gesundheitswesens und der Erholung anwachsen.

Solch eine Umgruppierung der Arbeitskräfte erfordert eine angespannte Aufmerksamkeit und sorgfältig durchdachte organisatorische Maßnahmen. Wir sind verpflichtet, den Wertgütern sozialistische Garantien der Beschäftigung, ihr verbrieftes Recht auf Arbeit zu sichern. Das sozialistische System verfügt über solche Möglichkeiten.

In der neuen Situation müssen die Rechte der Staatsorgane für Arbeit und Sozialfragen erweitert und muß ihre Verantwortung erhöht werden.

Ich habe schon erwähnt, daß es in den letzten Jahren zu einer großen Diskrepanz zwischen den Einkünften und der kaufkräftigen Nachfrage der Bevölkerung einerseits und ihrer materiellen Deckung andererseits gekommen ist. In den Jahren von 1971 bis 1985 ist die Geldmenge auf das 3,1fache gestiegen, während der Ausstoß von Konsumgütern sich nur verdoppelt hat. Im Rahmen der Reform der Wirtschaftsleitung müssen wir konsequent und beharrlich die Linie auf die Einstellung der Produktion von Konsumgütern für den Bedarf der Bevölkerung durchführen. Fürs Lager zu arbeiten, ist nicht nur verschwenderisch, sondern auch absurd — von welcher Seite wir das auch betrachten mögen. Es ist besser, solch einen Betrieb zu schließen. Ich glaube, diese Frage verdient eine besonders angespannte Aufmerksamkeit.

Soziale Aspekte der Umgestaltung der Leitung

Doch es geht nicht nur darum, die kaufkräftige Nachfrage der Bevölkerung durch die Deckung mit Waren zu sichern. Man muß offenbar mehr Aufmerksamkeit der besseren Inanspruchnahme der Mittel der Bevölkerung bei der Lösung einer Reihe anderer Fragen schenken. Viele Menschen möchten sich auf eigene Kosten durch industrielles oder genossenschaftliches Bauen eine Wohnung anschaffen. Doch zu einem realen Fortschritt war es hier nicht gekommen. Im Gegenteil, der Anteil des genossenschaftlichen Bauens ging noch vor kurzem merklich zurück. Das ist natürlich unzulässig.

Nicht wenige Mittel der Bevölkerung lassen sich auf leihweiser Grundlage zur Schaffung von Ferienheimen und Touristenherbergen sowie zum Bau von entgeltlichen Sportanlagen am Wohnort in Anspruch nehmen. Unter bestimmten Bedingungen könnte die Bevölkerung Mittel auch in jene Genossenschaften einzahlen, die jetzt im Dienstleistungsbereich und in anderen Zweigen geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang berühren wir noch eine Frage. Um die Deformierung des Bedarfs zu überwinden, ist es notwendig, die Entwicklung des ganzen Bereichs der entgeltlichen Dienstleistungen auf zwei- bis dreifache zu beschleunigen, neue Stimuli einzuführen und größere Ressourcen zu gewähren. Berechnungen zeigen, daß wir auf solche Weise ein jährliches Wachstum von Dienstleistungen in Höhe von 15 bis 20 Prozent gewährleisten können.

All das und vieles andere mehr würde bereits in nächster Zukunft die Situation auf dem Waren- und Dienstleistungsmarkt verbessern und den Geldumlauf festigen helfen. Mögen sich das diejenigen durch den Kopf gehen lassen, die dafür zuständig sind — wie im Zentrum so auch an der Basis.

In der gegebenen Situation ist die Passivität besonders jener Leiter unzulässig, die nicht die neuen Möglichkeiten zur Lösung von Sozialaufgaben nutzen. Hier wirkt sich einerseits noch die alte Gewohnheit fort, soziale Probleme durch Zuwendung von Restbeständen zu lösen, und andererseits — die sich herausgebildete Konsumentenpsychologie. Wir müssen uns von dem einen wie auch von dem anderen entschieden distanzieren. Jetzt wird niemand mehr für die Kollektive ihre sozialen Probleme lösen. Es gilt, in den Arbeitskollektiven, in den Städten und Rayons, in den Gebieten und Republiken, offensiv, klug unternehmungslustig, mit einem Wort, umsichtig vorzugehen.

Exakte Organisation und parteipolitische Absicherung — für die Umgestaltung der Leitung

wird vorgeschlagen, bis zum Ende dieses Jahres ein ganzes „Paket“ konkreter Beschlüsse über große Fragen der Umgestaltung der Leitung zu verabschieden, um die zentralisierte Leitung mit dem Gesetz über den staatlichen Betrieb in Einklang zu bringen.

Ab nächstem Jahr 1988 werden unter neuen Bedingungen Betriebe und Vereinigungen arbeiten, die etwa 66 Prozent aller Industrieproduktion liefern, darunter sämtliche Maschinenbau- und Hüttenbetriebe, der größte Teil der Betriebe der Brennstoff- und Energiezweige, der chemischen, der Holz-, der Leicht-, der Lebensmittel- und der Fischindustrie sowie alle Transportträger. Im Jahre 1989 wird der Übergang zu neuen Bedingungen der Wirtschaftsleitung abgeschlossen sein.

Parallel damit wird bis zum Ende des Planzeitraums die Umgestaltung der wichtigsten Funktionen der Wirtschaftsleitung erfolgen, und zwar der Planung, der Preisbildung, der Finanzen und Kredite, der materiell-technischen Versorgung; werden stabile ökonomische langfristige Normative für den dreizehnten Planzeitraum erarbeitet werden.

Andererseits, auf der Grundlage des einflussreichen Systems der Wirtschaftsleitung zu arbeiten. Vor allem muß den Betrieben eine weitgehende Selbständigkeit beim Abschluß der Verträge auf Grund der ökonomischen Normative und der Auf-

träge der Konsumenten gewährt werden. Sämtliche Arbeit ist so zu gestalten, daß die Annahme des Fünfjahresplans vor dem Beginn des neuen Planzeitraums gesichert wird.

Genossen! Die organisatorische Seite der geplanten Umgestaltung muß ein umfangreiches Programm gesetzgebender Tätigkeit und der rechtlichen Ausgestaltung des Mechanismus der Wirtschaftsreform umfassen.

Das Vorgehen ist einfach. Unklarheiten in Fragen der Gesetzlichkeit oder Ungesetzlichkeit der jeweiligen Handlungen im Bereich der Wirtschaftsleitung sind vollständig auszuschließen. Es gilt, breiter das allgemeingültige Rechtsprinzip anzuwenden; Es ist alles erlaubt, was das Gesetz nicht verbietet.

Offensichtlich müssen nach der Verabschiedung des Gesetzes über den staatlichen Betrieb alle Normativakten, die ihm zuwiderlaufen, abgeschafft und die strengtormmäßige Normenschnelligkeit in ressource juristische Schranken verwiesen werden.

Es gilt auch, ein System zu schaffen, das ein schnelles Heranführen der Arbeitskollektive an die Gesetze und Beschlüsse der Regierung gewährleistet. Die Menschen müssen die Gesetze kennen, die ihr Leben und ihre Tätigkeit regeln.

Im Hinblick darauf wachsen unermesslich die Aufgaben der

(Schluß S. 6)

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow

(Schluß)

staatsanwaltschaftlichen Aufsicht über die Befolgung der Gesetze durch alle Organisationen und Amtspersonen. Die Rolle der Staatlichen Arbitrage in der Regelung des Wirtschaftslebens ist wesentlich zu erhöhen.

Besonders hervorgehoben sei die Notwendigkeit einer maximalen Offenheit und Publizität des ganzen Prozesses der Erarbeitung und Annahme von Beschlüssen zu Fragen des sozialökonomischen Lebens sowie einer regelmäßigen und öffentlichen Rechenschaftslegung der Vertreter der Leitungsorgane. Zur Regel muß die Publikmachung der Entwürfe und Beschlüsse sowie die breite Informierung über unterbreitete Vorschläge, über zu erörternde Fragen werden. Dem wird ein neues Gesetz über die volksumfassende Erörterung der

wichtigsten Fragen des Staatslebens gewidmet sein, dessen Entwurf der bevorstehenden Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR unterbreitet werden soll.

Eine große und aktuelle Frage ist die radikale Umgestaltung unserer Statistik. Hier tut eine entschiedene Hinwendung zu den qualitativen Kennziffern, eine Erweiterung der Informierung über Fragen der regionalen und sozialen Entwicklung sowie die Durchführung mannigfaltiger Stichprobenuntersuchungen. Ohne das ist eine ernsthafte sozialökonomische Analyse und folglich auch eine sachkundige Behandlung der Probleme unmöglich. Es gilt auch, die Zulässigkeitsgrenzen bei der Veröffentlichung von Materialien über die Wirtschafts- und Sozialstatistik zu erweitern.

Genossen! Heute ist es besonders notwendig, den parteilichen Einfluß

in allen Bereichen unserer Arbeit zu verstärken, eine sachkundige Leitung der gesellschaftlichen Prozesse und die Ausarbeitung neuer schöpferischer Verfahrensweisen anzustreben.

Unsere wichtigste Aufgabe in der Tätigkeit zur Umgestaltung der Ökonomie auf neue Leitungssysteme ist vom ZK bis zu jeder Parteiorganisation ein normales Funktionieren der Volkswirtschaft. Das ist wichtig vor allem deshalb, weil wir in der Übergangsperiode gleichzeitig eine Reihe globaler und komplizierter Aufgaben unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu lösen, die strukturelle Umgestaltung der Volkswirtschaft, Maßnahmen zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die radikale Reform der Leitung und die Vertiefung ihrer demokratischen Grundsätze zu verwirklichen haben.

Dabei darf man nicht außer acht lassen, daß in einer gewissen, für die Komplexlösung dieser Aufgaben nötigen Zeit zugleich sowohl die neuen als auch die alten Leitungsmethoden gültig sein werden.

Das stellt die Parteiorganisationen vor Probleme, die ihrem Charakter und ihrer Komplexität nach ungewöhnlich sind. Daher müssen sie in der Vorhut aller anvisierten Umgestaltungen stehen.

Die begonnene Reform berührt im Grunde genommen alle Etagen unseres ökonomischen Gebäudes. Es ist äußerst notwendig, daß die auf allen Ebenen der Volkswirtschaft zu leistende kolossale und allseitige Arbeit zur Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus sich im Mittelpunkt der ständigen und unablässigen Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen und -komitees befindet. Gerade sie müssen das politische, gesamtstaatliche Heran-

gehen an die Arbeit zur durchgreifenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung prägen.

Eine besonders große Rolle und Verantwortung kommt dabei den Parteiorganisationen der Betriebe und Vereinigungen zu. Sie haben eine Prüfung in politischer Reife und in Kampfeinstellung zu bestehen, von ihrer parteimäßigen Haltung und praktischen Tätigkeit werden vielfach der Übergang zu neuen Methoden der Wirtschaftsführung und die Realisierung der Prinzipien der Selbstverwaltung in den Arbeitskollektiven abhängen.

Wir sind überzeugt, daß alle Parteiorganisationen, alle Kommunisten, alle Kader an die Lösung der akuten Wirtschaftsprobleme im Vollbewußtsein dessen gehen werden, daß die Umgestaltung unserer Ökonomie, die entscheidendste, wichtigste Voraussetzung für unser Vorankommen auf dem We-

ge der Hebung des Lebensstandards des Sowjetvolkes und des allseitigen Fortschritts unseres sozialistischen Vaterlandes ist.

Genossen! Dies sind die Ideen und Prinzipien, auf deren Grundlage die Umgestaltung der Leitung unserer Wirtschaft — die radikalste und umfassendste in den Jahren des sozialistischen Aufbaus — geplant ist. Wir sind verpflichtet, sie mit großer politischer Verantwortung vor dem Volk, vor der Zukunft unseres Landes zu verwirklichen.

Die Hauptbestimmung der Reform ist, unserem Wirtschaftswachstum neue Stimuli und Impulse zu verleihen, ein machtvolleres materielles Fundament für einen rascheren sozialen und geistigen Fortschritt der sowjetischen Gesellschaft zu legen.

Die in unserem Lande entfaltete

Umgestaltung ist die unmittelbare Fortsetzung der Sache des Oktober, die konsequente Realisierung der Ideale, die auf dem Banner unserer Revolution gezeichnet sind, deren 70. Jahrestag wir in diesem Jahr begehen werden.

Die Umgestaltung ist die Antwort auf die historische Herausforderung der Zeit. Unsere Partei und unser Volk werden darauf in der Weise antworten, wie sie es taten, als sie die größte soziale Revolution vollbrachten, den Sozialismus aufbauten und den welthistorischen Sieg im Großen Vaterländischen Krieg errangen.

So war es schon immer, als uns Aufgaben der historischen Wahl erwachsen. So wird es auch jetzt sein.

(Das Referat wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und mit anhaltendem Beifall aufgenommen).

Im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Kader: Disziplin und Verantwortung

Im ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans wurden die Mängel bei der Umgestaltung der Arbeit der Parteiorgane in der Republik erörtert. In dem diesbezüglich gefaßten Beschluß wird festgelegt, daß im Sinne der Forderungen des XXVII. Parteitag, des Januarplenums des ZK der KPdSU von 1987 und des VIII. Plenums des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans sich in der Tätigkeit der Parteiorgane gewisse positive Veränderungen vollziehen, die Verantwortung der Kader für die übertragene Sache erhöht wird und sich neue Verfahren in der Arbeit mit ihnen durchsetzen. In der Praxis der Parteiorgane und -organisationen fassen die Wählbarkeit der Leiter, die Attestierung und die öffentliche Bestätigung der Beurteilung sowie die Rechenschaftslegung über die Vorbereitung einer Kaderreserve tiefe Wurzeln.

Allerdings erfolgt die Umgestaltung der Arbeit der Parteiorgane unzulässig schleppend. In vielen davon herrschen noch technokratische und nicht politische Methoden vor. Die Kontrolle über die Tätigkeit der Parteikader ist abgeschwächt. Für eine Reihe der führenden Leiter von Staats- und Wirtschaftsorganen sind immer noch Effekthascherei und das Erwecken des Anscheins einer Umgestaltung bezeichnend. Sie versagen, wenn es gilt, die Arbeit an dem ihnen übertragenen Abschnitt praktisch zu organisieren, wissen keine optimalen Wege zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten, verlegen nicht selten ihre Pflichten auf Unterbenebene. Einiges von ihnen sind nicht kompetent genug, beherrschen nur schlecht die Lage und sind es gewohnt, die Verantwortung für die Annahme von Beschlüssen auf die Parteiorgane abzuwälzen.

All das geschieht, weil die Parteikomitees sich unbefriedigend mit ihrer Hauptarbeit — der Auswahl,

dem Einsatz und der Erziehung der Kader — befassen. Infolge des Fehlens der nötigen Reserve und der formellen Arbeit zu ihrer Vorbereitung bleiben zahlreiche vakante Posten längere Zeit unbesetzt.

Einzelnen Kommunisten, die in die Beförderungreserve aufgenommen wurden, fehlen die nötigen ideologischen und politischen Qualitäten; sie stellen ihre eigenen Vorteile über die Partei- und Staatsinteressen, ignorieren die Forderung, daß ein Kommunist dort zu sein hat, wo es schwer ist, und dorthin gehen muß, wohin die Partei ihn sendet. Es kommen Fälle vor, wo Personen aus der Reserve unter verschiedenen Vorwänden den Vorschlag für ihren Einsatz auf einen anderen Posten, sogar einen höheren ablehnen. Das ist unvereinbar mit dem Geist der Umgestaltung und läuft den statutenmäßigen Pflichten eines Mitglieds der KPdSU zuwider.

Ungeachtet der dringenden Notwendigkeit ihrer Umsetzung in andere Gebiete der Republik weigern sich S. D. Bejssenow, Minister für Dienstleistungswesen der Kasachischen SSR, G. L. Berdgin, Sekretär des Ostkasachstaner Gemeindeparteikomitees, B. W. Swiridow, Generaldirektor der Produktionsvereinigung „Aktjubneft“, und andere verantwortliche Mitarbeiter, befördert zu werden.

Für parteiliche Undiszipliniertheit wurden sie aus der Reserve für Beförderung ausgeschlossen.

Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans forderte von den Gebiets-, Stadt- und Rayonparteikomitees, den Stil und die Methoden ihrer Arbeit unter den Bedingungen der Umgestaltung von Grund auf zu verändern, eine strikte Erfüllung der Forderungen des Januarplenums des ZK der KPdSU von 1987 anzustreben sowie unbedingt und möglichst rasch die politischen Leitungsmethoden zu meistern. Diese Methoden sind

vor allem über Auswahl, wohl-durchdachten Einsatz und Erziehung der Kader im Sinne hoher Treue zur Partei, der tadellosen Erfüllung der Partei- und gesellschaftlichen Pflicht und der Erhöhung ihrer persönlichen Verantwortung für den ihnen übertragenen Arbeitsabschnitt zu realisieren.

Besondere Beachtung wurde der gründlichen Erforschung der politischen und moralischen Qualitäten der Kader und der Schaffung einer zuverlässigen Kaderreserve geschenkt. Es wurde unterstrichen, daß die Parteiorgane das Recht haben, die Kommunisten im Interesse der Sache auf beliebiger Arbeit einzusetzen.

Die Staats-, Wirtschafts- sowie andere Organe wurden aufgefordert, alle ihnen obliegenden Pflichten vollständig zu erfüllen, die Kompetenz und Sachlichkeit der Leitung angesichts des Übergangs zu neuen ökonomischen Methoden der Wirtschaftsführung zu erhöhen.

Es wurde als zweckmäßig anerkannt, jeden Fall der Verweigerung einer Amtsperson, auf andere Arbeit befördert zu werden, als Ausdruck parteilicher Undiszipliniertheit und Unreife, der Einbuße des Gefühls der Verantwortung vor der Partei zu werten. Solche Mitarbeiter sind im weiteren aus der Kaderreserve auszuschließen, ihres Postens zu entheben und auf einfacher Arbeit einzusetzen.

Die Abteilungen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, die Gebiets-, Stadt- und Rayonparteikomitees wurden aufgefordert, jegliche Erscheinungen von Protektionismus und Beförderung der Mitarbeiter nach persönlicher Ergebnisheit zu unterbinden und keinerlei Abweichungen von den Leninischen Prinzipien der Kaderarbeit zu dulden. Es gilt, die persönliche Verantwortung der Amtspersonen für Vorschläge zur Kaderbeförderung zu erhöhen.

Im Interesse der kommenden Generationen

Die erhabenen Ziele des Weltkongresses der Frauen, das Leben auf unserem Planeten zu erhalten und es gerechter zu machen, stehen im Einklang mit den aktuellen Aufgaben der Weltpolitik. Bei offenen, unformellen Diskussionen und Dialogen, die in Moskau in den acht thematischen Kommissionen und drei Zentren geführt werden, behandeln mehr als 2.000 Delegierte einen weiten Kreis von Problemen, die die Menschheit heute, an der Schwelle zum 3. Jahrtausend, bewegen.

Erhaben und schön ist die Idee dieses Treffens in Moskau, da es bei den Frauen der Welt einen so starken Anklang fand. Sie hatten viele Anstrengungen unternommen, damit es stattfinden konnte, heißt es einmütig auf dem Kongreß. Seine Lösung „Bis zum Jahr 2000 ohne Kernwaffen, für Frieden, Gleichheit und Entwicklung“ entspricht ihren Hauptbestrebungen.

Die Delegierten stimmen von ganzem Herzen den Hauptthesen der Ansprache M. S. Gorbatschows zu, der mehr als einmal bekräftigte, daß die Politik der UdSSR generell auf Frieden ausgerichtet ist. Eine Welt ohne Kriege aufzubauen, von dieser Idee ist die Diskussion in der Kommission „Frauen für Frieden und Abrüstung“ durchdrungen.

Das Problem, wie eine berufstätige Frau ihre berufliche Tätigkeit und ihre Funktionen in der Familie unter einen Hut bringt, war ein zentrales Thema im Diskussionszentrum „Frau und Sozialismus“ des Weltfrauenforums. Die Teilnehmerinnen verwiesen darauf, daß die Grundlage für die Gleichberechtigung der Frau ihre ökonomische Gleichberechtigung ist. Der Staat solle Bedingungen schaffen, unter denen die Frau zu einem gleichberechtigten Mitglied der Gesellschaft werde.

Die Teilnehmerinnen stimmten darin überein, daß sich auch die Männer für die Rechte der Frauen einsetzen müssen, weil sie die Bedürfnisse und die Pro-

bleme der Frau ebenfalls längst erkannt haben. Zu Hause braucht die Frau die Hilfe des Mannes nicht nur beim Geschirrspülen. Die Erziehung der Kinder ist eine gemeinsame Aufgabe, man kann sie nicht auf die Mütter abwälzen, was in der letzten Zeit häufig der Fall ist, heißt es.

Eine Diskussion zum Thema „Die Schlußakte von Helsinki und die europäische Sicherheit“ hat im Rahmen des Weltkongresses der Frauen stattgefunden.

Während des nichtformellen und überaus offenen Gesprächs wurden von den Teilnehmerinnen des Kongresses die wichtigsten Probleme angeschnitten: Abbau der nuklearen Konfrontation, Beseitigung der Mittelstreckenraketen, Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen, Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Zu einigen Fragen gab es keine einheitliche Meinung. Dies ist auch natürlich, werden doch von den Teilnehmerinnen unterschiedliche Positionen vertreten. Es gab aber einen gemeinsamen Moment — das Streben, den Frieden, die Sicherheit und die Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten und zu festigen. Gerade von diesem Standpunkt aus hob nahezu jede Teilnehmerin, die das Wort ergriff, den positiven Beitrag der UdSSR zum europäischen Prozeß hervor.

Die Zahl der Teilnehmerinnen des Weltfrauenforums nimmt weiter zu und ist bereits auf 2.818 gewachsen, obgleich nur ca. 2.000 erwartet wurden. Das stellte Freda Brown, Präsidentin des Weltkongresses der Frauen, auf einer Pressekonferenz fest.

Wie sie weiter ausführte, hatte der Kongreß einen gelungenen Start. Mit viel Engagement werden in acht thematischen Kommissionen und drei Diskussionskreisen aktuelle Probleme der heutigen Welt, der Lage der Frau und ihrer Rolle in der Gesellschaft erörtert. Wie der ersten beiden Tage des Forums gezeitigt haben, sind die Standpunkte der Teilnehmerinnen zu vielen Fra-

gen trotz der politischen und anderen Unterschiede ähnlich.

Auf einem Treffen von Theologinnen wurde auf die Unvermeidbarkeit von Bruderkriegen und der religiösen Moral verwiesen. Während eines Rundtischgesprächs, das der Lage der Frau in ehemaligen Kolonien galt, wurde der Kolonialismus angeprangert.

Ganz anders, nämlich sehr lebhaft und mit viel Humor, verlief das Treffen zu Problemen junger Frauen. Aber auch dort war unter anderem von nicht gerade erfreulichen Sachen die Rede, unter anderem davon, daß es in vielen Ländern immer mehr allein-stehende Mütter gibt.

Ein Abend der Solidarität mit den Frauen des Nahen Ostens fand statt.

Die Stellung der Frau in der Gesellschaft, ihre Teilnahme am Kampf um Gleichberechtigung, nationale Befreiung, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Frauen, Kinder und Familien — das ist nur ein Teil der Probleme, über die die Teilnehmerinnen des Kongresses Meinungen austauschten. Besondere Aufmerksamkeit widmen sie der Lage der werktätigen Frauen in der Welt, wo Elend, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Hunger zunehmen und schwer auf den zarten Schultern der Frauen lasten. Worüber die Delegierten auch sprachen, sie unterstrichen einmütig: Vereinigt, können und müssen die Frauen ihren Beitrag zum Aufbau einer besseren, friedlichen Zukunft für die kommenden Generationen leisten.

Auf dem in Moskau stattfindenden Weltkongreß der Frauen sind am 25. Juni die Diskussionen zu Ende gegangen. Die rund 3.000 Teilnehmerinnen aus 154 Ländern erörterten Wege zur Verringerung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, die Rolle der Frau in der Gesellschaft und andere Probleme, die die Frauen der Welt bewegen. Die Arbeit des Forums gestaltete sich hauptsächlich in acht thematischen Kommissionen und drei Diskussionskreisen.

Aus aller Welt Panorama

Wünscht denn Washington überhaupt ein Abkommen in Genf?

Der Chef der USA-Delegation auf den Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen, Max Kampelman, hat erklärt, die sowjetische Seite „behindert“ Fortschritte bei der Ausarbeitung eines Abkommens über die Mittelstrecken- und die operativ-taktischen Raketen, indem sie die für die Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr bestimmten nuklearen Gelechtsköpfe zur Sprache bringt. Im Zusammenhang mit dieser Erklärung sowie mit der Position, die die Vereinigten Staaten in Genf bezogen haben, entsteht die Frage: Wünscht denn das offizielle Washington wirklich ein Abkommen über die Mittelstrecken- und die operativ-taktischen Raketen?

Denn gerade die amerikanische Seite hat faktisch dem Fortschritt Hindernisse in den Weg gelegt. Eine ganze Reihe von Momenten in der Position der USA kann von der Sowjetunion angesichts dessen diskriminierend und einseitigen Charakters nicht angenommen werden. Mehr noch: Einige von ihnen wirken offen gesagt absurd. So wird eine vollständige Beseitigung der operativ-taktischen Raketen vorgeschlagen und gleichzeitig der Vorschlag aufrechterhalten, der eine

Umrüstung der Pershing-2-Mittelstreckenraketen in operativ-taktische Raketen zuläßt. Die Sowjetunion soll laut dem amerikanischen Szenarium ihre SS-20-, SS-12-, SS-4- und SS-23-Raketen vernichten. Was wird aber die amerikanische Seite verschrotten? Die Antwort Washington ist sehr einfach: nichts! Auf der amerikanischen Seite wird alles umgerüstet (die Pershing-2-Raketen) oder verlegt (die bodengestützten Cruise Missiles sollen an Bord von Kampfschiffen stationiert werden).

Außerdem weigern sich die USA, von Anfang an gemeinsam mit der Sowjetunion an dem Prozeß Beseitigung der Mittelstreckenraketen teilzunehmen, und rücken den Beginn dieses Prozesses auf ihrer Seite in eine ferne Zukunft. Einem Abbau der militärischen Konfrontation ist auch das Ansinnen der USA kaum förderlich, die 100 Gelechtsköpfe auf den amerikanischen Mittelstreckenraketen, die belassen werden dürfen, in Alaska, d. h. in Reichweite des sowjetischen Territoriums, zu stationieren.

Was das Problem der amerikanischen Gelechtsköpfe für die Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr

betrifft, so haben die Behauptungen der amerikanischen Seite, auf den Genfer Verhandlungen „würden Rüstungen von Drittländern nicht erörtert“, nichts mit diesem Problem zu tun. Die Sowjetunion will die einem „dritten Land“, d. h. der BRD, gehörenden Raketen und Startrampen, nicht zur Sprache bringen. Es geht um die nuklearen Gelechtsköpfe, die den Vereinigten Staaten gehören. Wenn man der „Logik“ von Mr. Kampelman folgen soll, so entscheidet Bonn über die Gelechtsköpfe.

In diesem Fall aber würde wirklich ein ernstes Problem entstehen — das Problem einer Verletzung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen durch die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik. In der Tat: In Übereinstimmung mit dem Artikel eins des Vertrages haben die USA die Verpflichtung übernommen, Kernwaffen und Kontrolle über diese keinem zu gewähren, sei das direkt oder indirekt, während sich die BRD laut dem Artikel zwei des selben Vertrages verpflichtet hat, Kernwaffen, die ihr direkt oder indirekt gewährt werden sollten, nicht anzunehmen.

Wenn aber die beiden Seiten den Vertrag einhalten, so sind die USA doch die Besitzer der Gelechtsköpfe für die BRD-Raketen, weshalb es auch absurd wäre, diese als Rüstungen von „Drittländern“ anzusehen. Daraus ergibt sich die Rechtmäßigkeit der Forderung über die Vernichtung dieser Gelechtsköpfe im Falle einer vollständigen Beseitigung der amerikanischen und der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Ein Vorankommen hängt also von den USA ab. Vorerst wird in Washington viel und schön geredet, es werden aber kaum konkrete entgegenkommende Schritte unternommen, die eine adäquate Antwort auf die konstruktiven sowjetischen Vorschläge wären. Man kann aber praktische Handlungen durch keine Worte und keine Beteuerungen ersetzen. Es ist an der Zeit, dem Mangel an realer Politik in Washington ein Ende zu setzen. In der Sowjetunion wird die Ansicht vertreten, daß es durchaus möglich ist, bis zum Herbst dieses Jahres einen vollständig abgestimmten Entwurf des Vertrages über die Mittelstrecken- und die operativ-taktischen Raketen zu haben, wenn die obengenannten negativen Momente der USA-Position beseitigt werden. Ein solcher Entwurf könnte auf dem nächsten sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen diskutiert und unterzeichnet werden.

Wladimir TSCHERNYSCHOW, TASS-Kommentator



Im Objektiv: Benin

Die wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt Guene in der Volksrepublik Benin oder des „afrikanischen Venedigs“, wie man sie nennt, sind die Pfahlbauten, die genau nach den

von den Vorfahren geerbten Methoden gebaut worden sind. Unsere Bilder: Das heutige „afrikanische Venedig“, die Fischer aus Guene. Fotos: TASS



Merkwürdige Logik

Das offizielle Bonn will auch künftig die Rolle eines Hindernisses für die Herbeiführung eines Vertrages über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen und operativ-taktischen Raketen in Europa spielen. Davon zeugen die Äußerungen Bundeskanzler Helmut Kohls auf einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Der Kanzler forderte, daß ins genannte Abkommen die amerikanischen nuklearen Gelechtsköpfe für die operativ-taktischen Pershing-1A-Raketen der Bundeswehr nicht einbezogen würden. Dabei berief sich Kohl darauf, daß es „um die „Rüstung von Drittländern“ gehe, die kein Gegenstand der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf sei.

Diese zumindest merkwürdige Logik hält keiner Kritik Stand. Gegenstand der Genfer Verhandlungen sind alle in Europa befindlichen amerikanischen Kernwaffen, darunter selbstredend die nuklearen Ladungen. Laut Artikel 1 des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen haben die USA die Verpflichtung übernommen, an niemanden Kernwaffen oder andere nukleare Spreng-

sätze zu übergeben... weder direkt noch indirekt. Seinerseits hat sich Bonn laut Artikel 2 desselben Vertrages verpflichtet, von niemandem Kernwaffen oder andere nukleare Sprengsätze zu übernehmen... weder direkt noch indirekt.

Folglich können die nuklearen Gelechtsköpfe für die Pershing-1A-Raketen keineswegs zu den „Rüstungen von Drittländern“ zählen und sind amerikanische Kernwaffen, die abzuschaffen sind, wenn ein sowjetisch-amerikanischer Vertrag über Mittelstreckenraketen und operativ-taktischen Raketen geschlossen werden sollte. Das Streben Bonns aber, diese Gelechtsköpfe zu behalten, kann nicht anders als ein Versuch gewertet werden, den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu umgehen und ein Schlupfloch für die Inbesitznahme von Kernwaffen durch die Bundeswehr zu finden. Außerdem will die Bundesregierung den wachsenden Appetit der Rüstungskonzerne stillen, die mit Milliardenaufträgen über die Produktion der neuen Generation der operativ-taktischen Raketen — Pershing-1B-Raketen, die Pershing-1A-Raketen ablösen sollen.

Tiefe Enttäuschung

„Ich bin tief enttäuscht über die Tätigkeit der kontrerevolutionären Organisationen und will für die Beendigung des Blutvergießens und Brudermordes und dafür wirken, daß auf afghanischem Boden der langersehnte Frieden einkehrt.“ Das erklärte der jetzt mit seiner Familie aus Pakistan nach Kabul zurückgekehrte ehemalige Mitarbeiter des afghanischen Verteidigungsministeriums Rafiullah Toubi. Er hat-

te 1980 die Heimat verlassen. Nach seinen Worten leitete er in Pakistan den Militärrat der monarchistischen Organisation „Nationale Kriegsfront“ und hatte Einblicke in die Lage innerhalb der afghanischen kontrerevolutionären Bewegung. Vor Journalisten berichtete er über die Rolle der Bandenchefs Hekmatiar und Sayaf, die die Führung in den sieben großen regierungsfeindlichen Gruppierungen beanspruchten. Beide seien bemüht ihre Ideen verschiedenen Parteien aufzuzwingen, die andere politische Anschauungen vertreten.

Rust-Eltern über ihre Reise nach Moskau

Die sowjetischen Behörden hätten ihr volles Vertrauen, sagte Monika Rust, die Mutter von Mathias Rust. In Moskau habe man sich ihnen gegenüber sehr wohlwollend verhalten.

Ende Mai dieses Jahres hatte der Bundesbürger Mathias Rust die Luftgrenze der UdSSR verletzt und eine gefährliche Situation geschaffen, indem er mit seinem Flugzeug in Moskau landete. Gegen ihn sind Ermittlungen im Gange. Vor kurzem wollten die Eltern von Mathias in der UdSSR und besuchten ihren Sohn.

Monika Rust bedankte sich herzlich bei M. S. Gorbatschow für die

Erlaubnis, ihren Sohn zu sehen, und für seine gute Behandlung. Die Eltern teilen ferner mit, daß sie ihren Sohn zweimal — am 16. und 17. Juni — insgesamt rund drei Stunden sehen konnten. Am 15. Juni hätten sie außerdem ein längeres Gespräch mit dem Untersuchungsrichter geführt.

Der Untersuchungsrichter habe versucht, sie zu beruhigen. Er habe sie nicht zur Eile angetrieben und keine Verbote ausgesprochen.

Mathias werde wirklich korrekt behandelt. Er könne ungehindert sprechen. Man gebe sich Mühe, ihn zu verstehen. Auf die Frage Monika Rusts, wie es ihm gehe, ha-

be er sich positiv der Behandlung, Unterbringung und Verpflegung geäußert. Er dürfe auch die Bibliothek benutzen. Er habe zusätzlich um Literatur in Physik, Chemie und Astronomie gebeten. Das sei sein Hobby. Der Untersuchungsrichter habe ihm das versprochen. Er habe auch auf eine Bitte hin ein deutsch-russisches und russisch-deutsches Konversationsbuch bekommen, weil er russisch lernen wolle.

Es gebe Punkte, nach denen der Sohn gerichtlich verurteilt werden kann, sagte Karl-Heinz Rust, der Vater von Mathias Rust. Einer davon sei die Verletzung des Luft-

Nach ihrer Reaktion auf den Flug ihres Sohnes nach Moskau befragt, sagte Monika Rust, sie hätten natürlich Schweres durchgemacht, zwischen Angst und Hoffnung gelebt. Sie verstünden, daß man nicht einfach in einen Luft-raum eindringen dürfe. Wäre ihnen der Plan ihres Sohnes vorher bekannt gewesen, so hätten sie versucht, ihn vom Flug nach Moskau abzubringen.

(Die nächste Nummer der „Freundschaft“ erscheint am 30. Juni)

Redakteur L. L. WEIDMANN